die geschlechter fragen

Weitere Themen:
- Kandidaturen zum Landesvorstand
- TV-L Warnstreiks

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

März
2017

Landesvertreter*innenversammlung 30.3. - 1.4.2017

3 **Annika Schramm**
Bewerbung als stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern

4 **Die weiteren Kandidat*innen für den erweiterten Landesvorstand**
Ilona Deckwerth • Wolfgang Fischer • Raimund »Hacki« Münder

5 **Was erwartet die Delegierten?**
von Elke Hahn

die geschlechter fragen

6 **Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten**
Im Tandem zur GEW-FrauenZukunftsKonferenz
von Judith Barnickel

8 **Kultusminister Spaenle beugt sich dem Druck der »Demo für Alle«**
von Dorothea Weniger

10 **Wie an Schulen ein Klima der Vielfalt und Lebensfreude entstehen kann**
Thomas Petersen interviewt Michael Schönlein

12 **Happy Birthday, Gay-Straight-Alliance, du bist nun fünf Jahre alt!**
von Lukas Hoffmann und Manuela Jordanović

Was es sonst noch gibt

14 **TV-L 2017: Warnstreikaktionen der GEW Bayern**
Fotos der Aktionen sowie eine Kurzform des erzielten Ergebnisses

16 **»Wir leben nicht mehr in einer Tauschwirtschaft«**
Thomas Gesterkamp interviewt Ulrike Herrmann

18 **Reform der Lehrer*innenbildung**
Mia san mia und mia ändern nix!
Zum Tenor und Inhalt einer Pressemitteilung des bildungspolitischen Sprechers der CSU-Landtagsfraktion vom Sommer 2016
von Wolfram Witte

20 **Früher raus aus dem Beruf**
von Wolfgang Fischer

23 **»Nein« zu Berufsverboten**
Junge GEW Bayern initiiert Bündnis gegen Gesinnungsschnüffelei
von Miriam Hannig

24 **Berichte**
GEW Bayern startet Gespräche mit dem BLLV

24 **aus der GEW**
- Wien, Wien, nur Du allein ...
- Ehre in den Fängen der Haushaltspolitik
- Aktivenkonferenz am 13. und 14. Januar in Neumarkt/Oberpfalz

27 **Erlesenes**
- Orientalische Perspektiven
- Ist die abendländische Kultur wirklich christlich geprägt?
- Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme

Rubriken

30 **Veranstaltungen**
31 **Glückwünsche und Dank**
32 **Kontakte**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München. Auch online möglich unter gew.de/Aenderungsmeldung.html
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Gender-Bashing stoppen! *– Geschlechterforschung und Geschlechtergerechtigkeit geraten immer mehr unter Druck. Menschen, die sich dafür einsetzen, sind zunehmend Angriffen ausgesetzt. Die zumeist homophoben Ressentiments sind in der Regel gleichzeitig antifeministisch und patriarchal-konservativ geprägt. Die Stoßrichtung des zum Teil offen reaktionären Rollbacks ist dabei klar: Die Vielfalt der sexuellen Identitäten, der Lebensentwürfe und neuen Rollenbilder soll wieder der Einfalt weichen. Zudem sollen Ungerechtigkeiten aufgrund von Geschlecht manifestiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sparen die Gegner*innen des Gender-Mainstreamings nicht mit Kampfbegriffen. Neben der wichtigen Frage, wie gegen die Strategien der erzkonservativen Gruppierungen und Parteien zu argumentieren ist, sind noch weitere Aspekte relevant: Wie muss gendergerechte Arbeit aussehen, wie müssen ihre Bedingungen verändert werden? Wie schaffen wir eine gendersensible Lernatmosphäre für alle Kinder und Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen, die wertschätzend ist und Mobbing vorbeugt? Auf der Suche nach Lösungen darf eine zentrale Forderung nicht vergessen werden: Der Gender Pay Gap, die geschlechtsspezifische Lohnlücke, muss endlich weg!*

*Eingebettet ist dieser DDS-Schwerpunkt in die Vorstellung weiterer Kandidat*innen für den Landesvorstand der GEW Bayern, der zwischen dem 30. März und dem 1. April auf der Landesvertreter*innenversammlung in München gewählt wird.*

Darüber hinaus haben die Warnstreikaktionen vom 14. Februar zum TV-L ihren Platz gefunden. Mit Drucklegung dieser DDS wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Informationen dazu gibt es auf der Homepage der GEW Bund (gew.de).

Dorothea Weniger

Folgende Themen (Arbeitstitel) für die DDS sind in Planung, Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht. April: Digitalisierung und berufliche Perspektiven, Mai: Kita-Qualität und Soziale Arbeit, Juni: Gesellschaftliche Spaltung als Gefahr für die Demokratie. Diese Themenschwerpunkte verschieben sich, wenn aktuelle Entwicklungen es erforderlich machen.

Wichtige Information

Seit Anfang des Jahres kommt es immer wieder zu Abschiebungen von Geflüchteten. Nicht nur pädagogische Fachkräfte und ehrenamtliche Helfer*innen sind schockiert und manchmal auch ratlos. Wichtige Informationen nicht nur über anstehende Abschiebungen bietet der Bayerische Flüchtlingsrat mit seinen Stellen vor Ort (fluechtlingsrat-bayern.de).

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 – 16.00 Uhr
Tel.: 089 54379959
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 089 5440810 • Fax: 089 5389487
E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Edelweißstr. 3, 81541 München ☎ 089 69393206
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: fotolia - alexmlx
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Auf der Landesvertreter*innenversammlung (LVV) vom 30. März bis 1. April 2017 wird der Landesvorstand neu gewählt. In der DDS vom Januar/Februar 2017 haben sich bereits Kandidat*innen vorgestellt.
Nachdem sich inzwischen noch weitere Kolleg*innen zur Kandidatur entschlossen haben, stellen wir diese auf den folgenden Seiten vor.

Annika Schramm

Bewerbung als stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern

Vorweg ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin 29 Jahre alt und in einer Sozialpädagog*innenfamilie mit zwei Schwestern in Gilching aufgewachsen. Nach dem Abitur schloss ich das Studium Lehramt Gymnasium an der LMU München mit den Fächern Spanisch und Englisch mit dem 1. Staatsexamen ab. In der Studienzeit arbeitete ich freiberuflich als Korrektorin und Englischlehrerin für Kinder. Während zahlreicher Auslandsaufenthalte setzte ich mich hautnah mit Bildungssystemen und sozialer Ungerechtigkeit auseinander; insbesondere in meinen eineinhalb Jahren in Ecuador, wo ich u. a. in einer deutschen Auslandsschule und einer einheimischen Volksschule in einem Quechua-Dorf unterrichtete.

Doch auch in der Heimat interessierte ich mich für Bildungspolitik. So war ich im Referat für Lehramt der LMU tätig. Im Rahmen eines Minijobs der GEW war ich verantwortlich für die Belange von Lehramtstudierenden und für Mitgliederwerbung.

An das Studium schloss sich meine Dissertation in Pädagogik an. Im ersten Promotionsjahr arbeitete ich an einer Steiner-Schule. Hier erfüllte ich eine Erzieher*innentätigkeit, sodass ich erleben konnte, welche Anforderungen in diesem Bereich gestellt werden. Gleichzeitig konnte ich Einblick in die Arbeitsbedingungen und Anliegen der Mitarbeiter*innen einer Privatschule bekommen. Aktuell unterrichte ich im Rahmen meiner Doktorarbeit an einer Münchener Realschule das von mir entwickelte Schulfach »Meditation und Achtsamkeit«. Dies geschieht im Zuge der Ganztagsschulentwicklung in Kooperation mit dem Referat für Bildung und Sport.

Ab Dezember 2016 habe ich durch mein Engagement bei der GEW ein Promotionsstipendium der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erhalten. Meine frei gewordene Energie möchte ich wiederum für die GEW einsetzen.

Die Tätigkeit als stellvertretende Vorsitzende verstehe ich erstens als Sprachrohr der Fach- und Personengruppen und der Mitglieder, zweitens als konstruktive und engagierte Kollegin innerhalb der GEW und drittens als Mitgestalterin von Bildungspolitik.

Vorrangig werde ich Hochschule und Forschung vertreten. Eine Quote von eins zu neun bei unbefristeten zu befristeten Stellen an deutschen Hochschulen ist untragbar. Der Großteil der Lehrbeauftragten ist prekär beschäftigt und Doktorand*innen arbeiten im Schnitt 39 statt 20 vertraglichen Wochenstunden. Ich möchte mich für Sicherheit und angemessene Vergütung in der Wissenschaft einsetzen.

Doch auch manche junge Lehrkräfte befinden sich derzeit in einer angespannten Situation, weil sie befristet angestellt oder gar nicht übernommen werden. In Studium und Referendariat ruft diese Situation Konkurrenzdruck hervor. Für die Betroffenen möchte ich mich in Zusammenarbeit mit der Jungen GEW stark machen.

Auch die Belange von Studierenden sollten innerhalb des Landesverbands stärker als bisher vertreten werden. In diesem Bereich müssen neue Konzepte für die Gewinnung von Neumitgliedern erarbeitet werden, da die Mitgliederzahlen momentan stagnieren.

Eine weitere Möglichkeit der Mitgliedergewinnung ist die Gründung von Betriebsräten in Privatschulen. Beschäftigte haben hier häufig befristete und willkürliche Verträge. Deren gewerkschaftliche Organisation möchte ich ausdrücklich fördern.

Darüber hinaus stehe ich für die Personengruppe der Frauen in der GEW. Der Landesfrauenausschuss im Januar 2017 hat deutlich gemacht, dass der Frauen- und Gleichstellungspolitik nach wie vor Beachtung geschenkt werden muss. Arbeitszeiten müssen in allen Bereichen von Erziehung und Wissenschaft den Familienbedürfnissen entsprechend angepasst werden können, und zwar für Frauen und Männer, gleich ob sie Kinder oder andere Angehörige versorgen.

Neben meinen Schwerpunktthemen ist es mir wichtig, das aktuelle Geschehen und die Bedürfnisse aller Bereiche der GEW im Blick zu behalten.

Mit Strukturen der GEW sowie zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen bin ich durch meine Mitarbeit seit 2012 vertraut. Kollegialer und respektvoller Umgang ist für mich unabdingbar. Die Konzentration liegt in erster Linie auf der sachlich-konstruktiven Arbeit.

Gerne werde ich die GEW auf Konferenzen, Tagungen, Seminaren und in den

Medien vertreten. Dies ist sowohl essenziell für Mitgliederwerbung als auch für die Behauptung einer starken Stimme der GEW in der Bildungspolitik.

Motiviert und optimistisch sehe ich den Aufgaben als stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern entgegen. Für den Vertrauensvorschuss, den eure Stimme auf der LVV bedeuten würde, möchte ich mich mit verantwortungsvoller Arbeit bedanken.

Annika Schramm

Die folgenden Kandidat*innen bewerben sich für den erweiterten Landesvorstand.

Ilona Deckwerth

Ich bin Mitglied des Landtages, Sonderschullehrerin, ehemalige Personalrätin, 56 Jahre alt und komme aus dem KV Ostallgäu/Kaufbeuren.

Seit 2005 bin ich Mitglied im Landesvorstand der GEW Bayern mit dem Schwerpunkt »Tarif- und BeamtInnenpolitik«. Die Koordination und inhaltliche Entwicklung der Tarifarbeit in Bayern begleite ich seitdem innerhalb der Landestarifkommission, in Tarifkampagnen zu TVöD und TV-L sowie als bayerische Vertreterin in den tarif- und beamtInnenpolitischen GEW-Gremien. Ich kümmere mich um eine bessere Vernetzung und Stärkung angestellter Lehrkräfte innerhalb der GEW Bayern in Form regelmäßiger Treffen und der Austauschmöglichkeit über den Mailverteiler GOAL (**G**ewerkschaftlich **O**rganisierte **A**ngestellte **L**ehrkräfte).

Nachdem ich über 27 Jahre als Sonderschullehrerin an der Erich Kästner Schule in Füssen gearbeitet und mich seit 20 Jahren als Personalratsmitglied bei der Regierung von Schwaben im Bereich Förderschulen für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt habe, bin ich mit Beginn des Jahres 2017 als Abgeordnete in den Bayerischen Landtag nachgerückt. Für die SPD-Fraktion bin ich im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration. Hier liegt mein Schwerpunkt auf den Themen »Menschen mit Behinderung« und »Integration«.

In meinem neuen parlamentarischen Tätigkeitsfeld beschäftige ich mich nun mit der politischen Seite unserer gewerkschaftlichen Aufgabengebiete. Entsprechend bringe ich mich als Gewerkschaftlerin mit meinen Erfahrungen in die Beratungen ein und trete für unsere gewerkschaftlichen Positionen in der parlamentarischen Arbeit ein.

Ich kandidiere erneut zum Landesvorstand, um mich weiterhin für die Interessen der angestellten und verbeamteten Lehrkräfte in gewohnter Form einzusetzen und mich tarifpolitisch zu engagieren. Meine für mich neue Arbeit im Landtag will ich nutzen, um Brücken in der parlamentarischen Arbeit für unsere gewerkschaftspolitischen Ziele zu bauen und um einen guten Kontakt zwischen unserer Gewerkschaftsarbeit und der Landespolitik herzustellen. Ich verstehe mich als Gewerkschaftlerin, die nun im Bayerischen Landtag unsere Beschäftigteninteressen und bildungspolitischen Ziele einbringen und vertreten wird.

Ilona Deckwerth

Wolfgang Fischer

Im Jahr 2008 wurde ich erstmals als ehrenamtlicher Leiter der Landesrechtsstelle der GEW Bayern zum weiteren Mitglied des Landesvorstands der GEW Bayern gewählt, eine Funktion, die ich bis heute innehabe. Ich gehöre zu dem Teil des GEW-Rechtsschutzes, bei dem es nicht um Fälle geht, die professionellen Rechtsschutz durch Volljuristen benötigen und kein gerichtliches Verfahren etc. erfordern. Hauptaufgabe sind jährlich etwa 150 Rechtsauskünfte und -beratungen, wobei meine Schwerpunkte das Beamtenrecht und das öffentliche Dienstrecht sind. Darunter sind auch länger dauernde, sehr intensive Beratungen. Zur Beratung gehören auch mitunter sehr aufwendige Recherchearbeiten und diverse Berechnungen. Der Zeitaufwand beträgt im Durchschnitt ein bis eineinhalb Stunden, in Einzelfällen auch deutlich mehr. Jeder Fall ist letztlich ein Einzelfall, der eine individuelle Beantwortung erfordert.

Hilfreich sind mir dabei die in vielen Jahren erworbenen Kenntnisse als Personalratsmitglied und Personalratsvorsitzender. Die daraus resultierenden Erfahrungen sind besonders in Fällen hilfreich, in denen eine relativ einfache Rechtsauskunft nicht ausreicht. Zwar gehört allgemeine Lebensberatung nicht zum Aufgabenbereich meiner Tätigkeit im Rechtsschutz der GEW Bayern, doch sind die Grenzen mitunter fließend, etwa wenn eine Rechtsauskunft allein den Bedürfnissen eines GEW-Mitglieds offensichtlich nicht genügen kann.

Die Zusammenarbeit mit der Landesrechtsstelle ist von großem gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägt. Ich stelle mich gerne für eine weitere Wahlperiode in den Dienst des Rechtsschutzes der GEW Bayern.

Wolfgang Fischer

Raimund »Hacki« Münder

Ich heiße offiziell Raimund Münder, als Hacki bin ich euch eher bekannt. Im Juni dieses Jahres vollende ich mein 65. Lebensjahr. Bis 31.12.2016 war ich bei der Stadt München als Lehrkraft für Metalltechnik und Sozialkunde beschäftigt. Nach dem Abitur begann ich eine Ausbildung als Maschinenschlosser und wurde Mitglied in der Jugendvertretung. Nach Abschluss meiner Ausbildung wurde ich in einem anderen Metallbetrieb Vertrauensmann und Vertrauenskörperleiter der IG Metall und in einem weiteren Betrieb Betriebsratsmitglied.

Mit 40 begann ich ein Studium als Berufsschullehrer und heuerte im Jahr 2000 bei der Stadt München an. Dort wurde ich Mitglied und später Vorsitzender des örtlichen Personalrats und Mitglied des Referatspersonalrats des Schulreferats. Mein persönliches Ziel: Jedes Schuljahr mindestens ein neues Mitglied. Das konnte ich in den 16 Jahren verwirklichen, sodass von 70 Lehrkräften ein Drittel organisiert ist. Gleichzeitig baute ich mit anderen Kolleg*innen das Treffen der Vertrauensleute und PR-Mitglieder an den Münchner städtischen Schulen auf, das sich regelmäßig einmal im Monat trifft, zwei- bis dreimal jährlich einen Newsletter für die 5.000 Münchner Lehrkräfte herausgibt und bei den letzten Personalratswahlen eine stabile Grundlage für unseren stadtweiten Wahlerfolg war.

Seit ca. zehn Jahren bin ich mit einer zweijährigen Unterbrechung Mitglied des Stadtvorstands der GEW München und seit eineinhalb Jahren auch Schatzmeister. 2008 gründete ich mit anderen Kolleg*innen das erste Streikkomitee in der Geschichte der GEW München mit und beteilige mich aktiv an den Tarifrunden im TVöD-Bereich.

Ich kandidiere deshalb für den Landesvorstand, weil ich die GEW Bayern stärker machen will und meine Erfahrungen für nützlich halte. Meine Themenbereiche sind vielfältig: Personalratsarbeit und -schulungstätigkeit, Tarifvertrag und Beamtenrecht, Ganztag und Lernhaus, ESel (erweiterte Schulleitung) und autoritäre Schulleitungen, Aktivierung von Kolleg*innen und Vertrauensleutearbeit, Gremienarbeit und Streikaktionen. Im Landesvorstand sehe ich meinen Schwerpunkt in der Tarifarbeit für und mit den angestellten Lehrkräften, wobei ich weiß: Das ist ein hartes Brot.

Dass ich Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bin, verschweige ich nicht. Trotz alledem.

Raimund »Hacki« Münder

Landesvertreter*innenversammlung 2017:

Was erwartet die Delegierten?

Die diesjährige Landesvertreter*innenversammlung (LVV) vom 30. März bis 1. April 2017 könnte spannend werden. Es stellen sich mehr Kandidat*innen für den Landesvorstand zur Wahl, als die Satzung an Plätzen (16) vorsieht. Und es liegen Anträge zur Satzung vor, die nicht unbedingt miteinander kompatibel sind. 32 Anträge sind bis zum 31. Januar 2017 fristgerecht eingegangen, davon etwa die Hälfte zur Satzung. Diese werden auf der Homepage der GEW Bayern (gew-bayern.de) im Mitgliederbereich veröffentlicht. Es scheint zumindest bei einigen in der GEW Bayern das Bedürfnis zu geben, an den Strukturen unserer Organisation etwas ändern zu wollen. Bleibt zu hoffen, dass darüber hinaus noch genügend Spielraum für inhaltliche Debatten auf der LVV zur Verfügung steht.

Die LVV wird vom Präsidium und während der Wahlen von der Wahlkommission geleitet. Wir freuen uns, dass sich in diesem Jahr »neue Gesichter« an diese Aufgaben heranwagen. Mit der Unterstützung von erfahrenen Kolleg*innen und durch eine gemeinsame Vorbereitung sollten wir der LVV jedoch entspannt entgegensehen können.

Nach der Konstituierung der Versammlung und Beratung von ersten Satzungsanträgen werden am ersten Tag die Wahlen des Landesvorstands eröffnet und – wenn die Zeit es zulässt – auch beendet. Der zweite Tag der LVV ist aufgeteilt in einen öffentlichen und in einen arbeitsintensiven Teil. Am Vormittag werden Impulsreferate, auch mit internationaler Perspektive, unter dem Motto »Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen« zum Nachdenken anregen. Hierzu sind auch Gäste aus den anderen Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), aus dem DGB selbst, aus den Parteien und Verbänden geladen.

Am Nachmittag können sich die Delegierten entweder zur Beratung von Anträgen oder zu Arbeitsgruppen zusammenfinden, in denen Schwerpunkte und Perspektiven der Fach- und Personengruppen erörtert werden.

Einen entspannten Ausgleich bietet dann – so die Voraussicht – der Festabend bei gutem Essen, Wein, Musik und Gesang.

Wir freuen uns besonders, am dritten Tag die Bundesvorsitzende der GEW, Marlis Tepe, mit einem Grußwort an die Delegierten in Bayern empfangen zu dürfen. Im Anschluss daran werden die Beratungen zu den Anträgen wieder aufgenommen sowie die Wahlen der Revisor*innen und der Landesschiedskommission durchgeführt.

Das Schlusswort zur LVV hat dann der*die Landesvorsitzende.

von Elke Hahn
Geschäftsführerin
der GEW Bayern

Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten

Im Tandem zur GEW-FrauenZukunftsKonferenz

Zur FrauenZukunftsKonferenz der Bundes-GEW im vergangenen Herbst in Berlin sollten sich die teilnehmenden Frauen als Tandem anmelden, d. h. eine lange in der Frauenpolitik der GEW engagierte Kollegin und eine jüngere, interessierte Kollegin. Aus Mittelfranken meldete sich eine Kollegin an, die zurzeit im Referendariat der Mittelschule ist und seit längerer Zeit aktiv im Bezirksvorstand mitarbeitet. Und ich, mehrere Jahrzehnte als Grundschullehrerin tätig und in der GEW-Frauenpolitik engagiert. Uns beide interessierte, was die GEW aktuell zu geschlechtergerechter Arbeit im Bildungssektor sagt und fordert.

Zeit – Leben – Arbeit

Seit mehr als 20 Jahren stehen diese Themen im Mittelpunkt der DGB-Diskussionen um eine geschlechtergerechtere Arbeit für Frauen und Männer. Initialgebend war in den 90er-Jahren das Positionspapier der damaligen IG-Metall-Kollegin Ingrid Kurz-Scherf, die den Arbeitsbegriff geschlechterspezifisch untersuchte und feststellte, dass Männer meist vollzeitbeschäftigt im »Normalarbeitsverhältnis« ihr Geld verdienen und wenige Unterbrechungen oder Veränderungen – außer Verbesserungen nach oben – in ihrer Berufslaufbahn aufweisen. Anders bei den meisten Frauen: Viele Frauen arbeiten notgedrungen über mehrere Jahre oder Jahrzehnte in Teilzeit, um unbezahlte Arbeit in den gesellschaftlich notwendigen Fürsorgebereichen leisten zu können. Sie haben dadurch keine Zeit für andere Lebensbereiche und sowohl aktuell als auch im Alter nicht genügend Geld zur Verfügung und geraten so in ungewollte Abhängigkeiten.

Die daraus entstandenen GEW-Forderungen nach einer kürzeren Vollzeit für Frauen und Männer bei vollem Lohnausgleich und einer Aufteilung und Entlohnung der Fürsorgearbeiten für Frauen und Männer waren deshalb die Richtlinie und Zielvorstellung dieser Tagung.

Bei einer Bestandsaufnahme aus den Arbeitsbereichen der teilnehmenden Frauen gab es Übereinstimmung mit den aktuell vorliegenden Untersuchungen zu den Themen Arbeitsbelastungen, Entlohnung und bleibende freie Zeit für andere Lebensbereiche und Lebensentwürfe.

Studentinnen, Dozentinnen, Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen und Lehrerinnen aller Schularten berichteten aus ihrer Praxis. Der berufliche Alltag im Bildungssektor ist für die meisten von uns gekennzeichnet durch:

- Zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeit
- Unbezahlte Mehrarbeit, Aufwertung des unbezahlten »Ehrenamtes«
- Zunahme von Unterrichtsverpflichtungen
- Teilzeit als Selbstausbeutung und Selbstbetrug
- Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Zu große Klassen bei steigenden Ansprüchen der Schüler*innen, Eltern und Vorgesetzten
- Zunehmende Belastungen durch Forderungen der Inklusion bei personeller Unterbesetzung
- Keine verbleibende Zeit für sich selbst, für gesellschaftliches und politisches Engagement und die nötige

Reflexion, für eigene, gesundheitserhaltende Schwerpunkte
- Steigenden belastenden Arbeits- und Zeitdruck vor allem für ältere Kolleginnen

Diese persönlichen Erfahrungen wurden durch die Ergebnisse der aktuell veröffentlichten und auf der Konferenz vorgestellten wissenschaftlichen Untersuchung der GEW Niedersachsen zur Arbeitszeit und belastenden Arbeitsbedingungen belegt[1].

Arbeiten in der Schule

Die zentralen Ergebnisse der Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Neun von zehn Lehrer*innen erleben oft oder sehr häufig Zeitdruck, drei Viertel müssen Abstriche bei der Qualität der Arbeit machen, um sie zu schaffen. Das machen sie nicht freiwillig: Über 80 Prozent der Lehrkräfte empfinden dieses Herunterschrauben als starke Belastung.

Großen Lärm erleben vier Fünftel der Lehrkräfte regelmäßig. Auch dies ist ein großer Stressfaktor und nicht einfach wegzustecken.

Ein gutes Betriebsklima kann helfen, besser mit den Rahmenbedingungen klarzukommen. Fehlt dieses oder überwiegen Konkurrenz und mangelnde Teamarbeit, ist dies sehr belastend. Auf Dauer gesehen hilft auch ein gutes Betriebsklima nicht: Nur jede vierte Lehrkraft hält es für wahrscheinlich, ohne gesundheitliche Einschränkungen den Ruhestand zu erreichen.

Arbeiten, in denen personenbezogene Entscheidungen gefällt werden müssen, sind die größten Stressfaktoren: Abschlussprüfungen, Korrekturen, Gutachten, Beurteilungen, Konferenzen usw.

Für einen großen Teil der Lehrkräfte sind schwierige Schüler*innen und der Umgang mit respektlosen Eltern in zu großen Klassen besonders anstrengend.

Die Arbeitszeit und Belastungen steigen mit zunehmendem Alter. Vollzeitbeschäftigte arbeiten am Limit, weil auch in den Ferien regelmäßig gearbeitet werden muss und keine ausreichende Zeit für Erholung bleibt.

Teilzeitkräfte wenden deutlich mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts auf als Vollzeitlehrkräfte. Die nicht teilbaren Aufgaben wie Klassenleitung, Zeugnisse und Beobachtungen dokumentieren, Teilnahme an Konferenzen oder Mitarbeit in Gremien an der Schule, welche Teilzeitkräfte genauso wie Vollzeitkräfte leisten müssen, führen ebenfalls zu einer überproportionalen Arbeitszeit und einer erheblichen unbezahlten Mehrarbeit.

Neue Arbeitszeitmodelle

Mehrere Expertinnen ihres Themas stellten in kurzweiligen Übersichtsreferaten Modelle und Projekte zur Umgestaltung von hoffentlich bald ausreichend anerkannter und bezahlter Arbeitszeit in verschiedenen Lebensphasen und Arbeitsbereichen vor. So wurde erneut als wichtig und notwendig befunden, dass »Sorgearbeit« einen angeseheneren und höheren Stellenwert erhalten muss – sowohl in der Gesellschaft als auch in der Gewerkschaft. Dies muss sich dann auch in der Bezahlung ausdrücken.

Der Vortrag von Dr. Johanna Wenckebach vom Deutschen Juristinnenbund zur Konzeption eines Wahlarbeitszeitgesetzes war für mich besonders interessant, weil es sowohl realistisch durchdacht als auch zukunftsweisend ist[2]. Hier einige Ausschnitte:

Der grundlegende Gedanke ist, dass Wahlarbeitszeit einen Teil des Rechts auf eine selbstbestimmte und chancengleiche Erwerbsbiografie darstellt. Bei der Gleichstellung der Geschlechter schneidet Deutschland trotz rechtlicher Vorgaben besonders schlecht ab. Das soll sich u. a. mit der Schaffung eines »Gesetzes über Wahlarbeitszeiten« ändern. Dieses greift mit der Erwerbsarbeitszeit nur eine von mehreren Dimensionen einer selbstbestimmten Erwerbsbiografie heraus.

Im gesellschaftlich vorherrschenden Konzept von »Arbeit« werden diejenigen Tätigkeiten nicht ausreichend mitberücksichtigt, die unentgeltlich und nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet werden. Dies sind keine privaten, sondern gesellschaftliche Aufgaben. Sie als Arbeitsleistung anzuerkennen, ermöglicht eine finanzielle Absicherung von Sorgearbeit.

Auch die eigene Arbeits- und Lebenskraft zu bewahren, ist gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit. Zu dieser Selbstsorge gehören präventive Maßnahmen der Gesunderhaltung genauso wie selbstbestimmte Fort- und Weiterbildung oder auch persönliche Auszeiten.

82 Prozent der Beschäftigten wünschen sich eine kurzfristige Anpassung der Erwerbsarbeitszeit an private Bedürfnisse[3]. Ein Wahlarbeitszeitgesetz, das praktische Veränderungen gewährleisten will, muss daher sowohl flexible Lösungen ermöglichen als auch betriebliche Interessen berücksichtigen. Gleichzeitig muss es vorhersehbar, planbar, verlässlich und rechtssicher sein.

Fazit

Schon während der Tagung stellten wir die Vorteile der Tandem-Teilnahme fest. Während für mich bei bisherigen Veranstaltungen der persönliche Erfahrungsgewinn und Austausch mit Kolleginnen aus anderen Bundesländern im Vordergrund stand, konzentrierten wir uns als Tandem-Partnerinnen aus dem gleichen Bundesland und aus unterschiedlichen Generationen verstärkt auf den Austausch der persönlichen Sichtweisen und Wertigkeiten der dargestellten Inhalte.

Meine Ungeduld über das schleppende und minimale Erreichen von notwendigen Veränderungen in der Frauenpolitik wurde durch eine distanziertere Einstellung dazu von meiner Tandem-Partnerin ausgeglichen.

Weitab von Alltagsarbeit und politischem Engagement fanden wir Zeit, über die Motivation unseres Engagements in der GEW zu reflektieren und dadurch eine Verbindung von Bewährtem und Neuem herzustellen. Wichtig waren dabei natürlich auch unsere unterschiedlichen Alterserfahrungen.

Auf dem Heimweg hatten meine junge Kollegin und ich nochmals Zeit, die Themen des Wochenendes an uns vorbeiziehen zu lassen. Wir waren uns einig, nicht gleich in neue Aktionsplanungen zu verfallen. Beide werden wir versuchen, unsere Arbeitszeit, und zwar nicht nur die Erwerbsarbeitszeit, sinnvoll zu organisieren und den anstrengenden Berufsalltag so einzuteilen, dass noch genügend Zeit für andere Lebensbereiche bleibt. Aber das war und ist nichts Neues.

von Judith Barnickel
Grundschullehrerin in Nürnberg

1 Niedersächsische Arbeitszeitstudie Lehrkräfte an öffentlichen Schulen 2015/2016; vgl. arbeitszeitstudie.gew-nds.de/

2 djb.de; Navigation: themen/wahlarbeitszeit

3 »IG Metall Beschäftigtenbefragung. Analyse und Ergebnisse«, S. 28.; unter gleichem Titel als PDF-Download im Internet

Foto: imago/7aktuell

Kultusminister Spaenle beugt sich dem Druck der »Demo für Alle«

Seit dem 15. Dezember 2016 sind die »Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in bayerischen Schulen« nun in Kraft[1]. Die bayerische Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betonte schon im Vorfeld immer wieder, dass sie eine Neufassung der Richtlinien, die auf Prävention setzt, einen schulart- und fächerübergreifenden Ansatz verfolgt und Medienkompetenz fordert, grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig kritisiert die GEW nun scharf, dass das Kultusministerium nach einem Treffen mit den homophoben, antifeministischen und rechtspopulistischen Vertreter*innen der »Demo für Alle«[2] einigen ihrer Forderungen nachgab und die eigene Fassung der Richtlinien entsprechend verschärfte.

Die Zugeständnisse an die »Demo für Alle«

So wird nun in den Richtlinien das christlich begründete Familienbild, bestehend aus Vater, Mutter, Kind, höher als alle anderen Familienformen eingestuft. »Demo für Alle« ging in ihrem Forderungskatalog, den sie bei dem Gespräch im Kultusministerium Dr. Ludwig Spaenle überreichte, aber noch weiter: Ihre Vertreter*innen lehnen die Vermittlung sexueller Identitäten neben der Heterosexualität rundweg ab. Wohl auch auf Druck der CSU-Landtagsfraktion[3] folgte Kultusminister Spaenle auch hier teilweise ihrem Ansinnen. So wurde das in der ersten Fassung festgeschriebene Ziel »Familien- und Sexualerziehung in der Schule … hilft ihnen [Kindern und Jugendlichen; D. W.] dabei, im Zuge ihrer Persönlichkeitsentwicklung Gefühle differenziert wahrzunehmen und ihre geschlechtliche Identität sowie sexuelle Orientierung zu finden und anzunehmen«[4] in der nun veröffentlichten Fassung ersatzlos gestrichen.

Außerdem wird unter »2.3 Geschlechterrolle und Geschlechtsidenti-

1 Der dafür vorgesehene parlamentarische Prozess, an dem sich auch die GEW Bayern beteiligte, war bereits Monate zuvor abgeschlossen, sodass Kultusminister Spaenle am 15. Februar 2016 in einem Abschlussbericht an die Landtagspräsidentin Barbara Stamm ankündigte, dass er die Richtlinien noch im Schuljahr 2015/16 veröffentlichen werde. Doch dann kam es zum Treffen mit der »Demo für Alle« und die Richtlinien wurden noch einmal überarbeitet. Die neuen Richtlinien sind unter km.bayern.de abrufbar.

2 An dem Treffen am 12. September 2016 im Kultusministerium nahmen für die »Demo für Alle« Hedwig von Beverfoerde, Birgit Kelle und Prof. Dr. Manfred Spieker teil. Sabine Weigert vertrat die »Elternaktion Bayern« – ein Ableger der »Demo für Alle«. Vgl. dazu »Forderungspapier Elternaktion Bayern/Demo für Alle«; Download: demofueralle.files.wordpress.com

3 Der 81. CSU-Parteitag vom 4./5. November 2016 verwies den Antrag »Neuen Bayerischen Bildungsplan von Genderideologie befreien« an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die dann auch Einfluss auf die Änderungen nahm.

4 Vgl. »Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen, 1.2 Aufgaben und Ziele«, S. 3

tät« in der Endfassung der Richtlinien nicht nur die Gleichwertigkeit der sexuellen Identitäten negiert; Trans- und Intersexualität werden in der Einführung des Kapitels nicht einmal mehr benannt.[5] Diese Abwertung setzt sich bei der Nennung eines der Lernziele für die Jahrgangsstufen 9 und 10 fort. Dort heißt es nun: Schülerinnen und Schüler »achten die eigene sexuelle Orientierung und die sexuelle Orientierung anderer (Hetero-, Homo-, Bisexualität); achten und wissen um Trans- und Intersexualität«. Suggeriert wird damit, dass nur andere homo- bzw. bisexuell sein können, Trans- und Intersexualität werden entpersonalisiert.[6]

Das größte Zugeständnis machte Kultusminister Spaenle unter dem Punkt »2.5 Stärkung der sozialen und personalen Kompetenzen«. Für die Jahrgangsstufen 9 und 10 hieß es dort in der ersten Fassung: Die Schülerinnen und Schüler »zeigen Toleranz und Akzeptanz gegenüber Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität«. Ein Lernziel, das den Akteur*innen der »Demo für Alle« nicht nur beim bayerischen Bildungsplan gegen den Strich geht. Akzeptanz gegenüber LGBTI*[7] lehnen sie kategorisch ab. LGBTI*-Identitäten seien ihrer Denkweise nach lediglich Verhaltensweisen, die aufgrund des christlichen Glaubens zwar respektiert, aber veränderbar seien und deshalb nicht akzeptiert werden müssten. Diese herabsetzende, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit machte sich nun auch das Kultusministerium zu eigen, indem es den Begriff der »Akzeptanz« durch »Respekt« ersetzte.

Wirbel um die Dienstordnung

Nicht neu ist, dass für die Familien- und Sexualerziehung externe pädagogische Fachkräfte ergänzend zum Unterricht hinzugezogen werden können. Staatlich anerkannte Schwangerenberatungsstellen erfüllen mit ihrer sexualpädagogischen Arbeit an Bildungseinrichtungen sogar einen staatlichen Auftrag nach Art. 5 Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz. Fundierten sexualpädagogischen Konzeptionen folgend wird diese präventions- und bewusstseinsbildende Arbeit nach Rücksprache mit den Lehrkräften und Eltern in der Regel ohne Anwesenheit notengebender Lehrkräfte, oft auch in nach Mädchen und Jungen getrennten Klassen geleistet. Die Vertreter*innen der »Demo für Alle« lehnen die Arbeit der »Externen«, v. a. die der pro familia, entschieden ab. Für Wirbel sorgte deshalb der Zusatz in der Schlussfassung der Richtlinien, dass bei einer Zusammenarbeit mit Externen »§ 5 ›Aufsichtspflicht‹ der Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern« zu beachten sei, hatte doch Ministerialrat Dr. Ellegast im Gespräch mit dem »Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt«[8] gesagt, dass die Dienstordnung aktuell dahingehend überarbeitet werde, dass bezüglich der Anwesenheit der Lehrkraft aus der bisherigen Soll- eine Muss-Bestimmung wird. Eine Ankündigung, welche nicht nur die Sexualpädagog*innen beunruhigte, da damit erfolgreiche Konzepte, die sich über Jahre bewährt hatten, infrage gestellt wurden. Entwarnung gab Dr. Ellegast dann am 26. Januar 2017 bei einer Veranstaltung im Pädagogischen Institut der Stadt München: Es handele sich um ein Missverständnis, die Dienstordnung werde nicht überarbeitet.

»Demo für Alle« driftet weiter nach rechts

Wer glaubte, die »Demo für Alle« würde sich nun anderen Schauplätzen zuwenden, irrte sich. So richtete Hedwig von Beverfoerde, die Organisatorin der »Demo für Alle«, vor wenigen Wochen in Rücksprache mit der »Elternaktion Bayern« eine neue Webseite ein (elternaktion.wordpress.com), die sich an Eltern wendet. Die zukünftigen Inhalte wird man sich genauer ansehen müssen, denn die »Demo für Alle« driftet derzeit weiter nach rechts ab. So riefen zu ihrer Demonstration am 30. Oktober 2016 gegen den hessischen Bildungsplan in Wiesbaden neben »Pegida Darmstadt Südhessen« auch die inzwischen vom Geheimdienst beobachtete »Identitäre Bewegung Hessen«, die rechtsextreme Partei »Der III. Weg«, die NPD Hessen, die Alternative für Deutschland (AfD), die gewaltbereiten »autonomen Nationalisten Groß-Gerau«, die gut vernetzte »Legion Hildesheim der German Defence League (GDL)« u. a. auf. Nachdem eine Distanzierung der »Demo für Alle« von diesen Gruppierungen und Parteien ausblieb, sah sich der Generalsekretär der hessischen CDU Manfred Pentz gezwungen, von einer Teilnahme an der Demonstration abzuraten. Die Replik des »Konservativen Aufbruchs – CSU-Basisbewegung für Werte und Freiheit«, eine Untergliederung am rechten Rand der CSU und Bündnispartner der »Demo für Alle«, ließ nicht lange auf sich warten. Die Sprecher*innen der CSU-Gruppe verbaten sich die »Unterstellung« des CDU-Politikers.

Die GEW muss gegenhalten

Doch zurück zu den Richtlinien: Bezüglich der in den Richtlinien geforderten Beauftragten für Familien- und Sexualerziehung, die nun an jeder Schule eingesetzt werden sollen, fordert die GEW Bayern, dass diese während ihrer Arbeitszeit fortgebildet werden. Die dafür vom Kultusministerium anvisierten Onlineschulungen werden wohl nicht ausreichen. Zudem muss die Lehrer*innenbildung nicht nur hinsichtlich der Medienpädagogik geändert werden. Letztlich gilt es, alle Unterrichtsmaterialien an die neuen Richtlinien anzupassen.

In der politischen Auseinandersetzung müssen sich die Akteur*innen, die sich für eine »Schule der Vielfalt« einsetzen und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entgegentreten, vernetzen. Erste Ansätze gibt es bereits: Der Kontakt zwischen GEW und pro familia klappt gut – auch mit einigen Stellen auf dem Land. Über die GEW-Vertretung im »Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt« gelang dies auch mit einigen Aufklärungs- und LGBTI*-Projekten. Über ein bundesweites Netzwerk der GEW fließen ebenfalls Informationen.

Und nicht zuletzt müssen die Mitglieder der GEW geschützt werden, die als Sexualpädagog*innen arbeiten und zusehends den Angriffen von Gruppen und Parteien ausgesetzt sind, welche die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft verankern wollen.

von Dorothea Weniger
DDS-Redaktionsleiterin

5 In der Erstfassung vom April 2016 hieß es an dieser Stelle noch: »Die Vielfalt der Lebensformen und die Themen Hetero-, Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität werden dabei vorurteilsfrei von der Lehrkraft angesprochen.« Nun heißt es: »In höheren Jahrgangsstufen werden vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Bedeutung von Ehe und Familie unterschiedliche Lebensformen und sexuelle Orientierungen (Hetero-, Homo-, Bisexualität) vorurteilsfrei von der Lehrkraft angesprochen.«

6 In der Erstfassung hieß es dazu: »achten die eigene sexuelle Orientierung und lassen Diversität zu«

7 Engl. Abkürzung für lesbian, gay, bisexual, transgender, intersexual

8 Das Gespräch mit dem Bündnis, in dem auch die GEW vertreten ist, fand am 6. Dezember 2016 wenige Tage vor der Veröffentlichung der Richtlinien statt.

Wie an Schulen ein Klima der Vielfalt und Lebensfreude entstehen kann

Foto: imago/7aktuell

*Michael Schönlein (38, Foto) unterrichtet als Lehrer an einer Städtischen Berufsschule in München Wirtschafts- und Rechtslehre und wirkt seit 2012 in der Lehrer*innenbildung als Lehrbeauftragter an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seine Berufsschule besuchen ca. 1.700 Schüler*innen, die meisten von ihnen im Alter von 16 bis 22 Jahren. Im Juni 2016 nahm Michael an einer Fortbildungsveranstaltung des Pädagogischen Instituts München zum Thema »Genderkompetenz im Führungshandeln« teil. Über seine Eindrücke sprach er mit Thomas Petersen.*

Thomas Petersen: Wie war deine Zeit als Schüler in Bayern?

Michael Schönlein: Meine Schulzeit war in dieser Hinsicht durchaus prägend für mein heutiges Engagement. Es schien in den 80ern völlig normal zu sein, dass man auf den Schultoiletten Sprüche fand wie: »Herr XXX ist eine schwule Sau!« Niemand ist dagegen vorgegangen, weder der betreffende Lehrer selbst noch die Schule an sich. Das vor Augen, wusste ich nicht, ob es wirklich richtig wäre, mich an meine Lehrer zu wenden, als mir klar wurde, dass ich schwul bin. Als ich mich dann doch meiner Biologielehrerin anvertraute – der Klassiker – war ihr Kommentar: Du musst aufpassen, dass du nicht von älteren Männern vergewaltigt wirst. Sehr ermutigend für einen 16-Jährigen, der auf der Suche nach ersten sexuellen gleichgeschlechtlichen Erfahrungen ist. Erst später habe ich dann andere schwule Schüler kennengelernt und wir haben uns sozusagen gemeinsam auf den Weg gemacht. Unterstützung seitens der Lehrer gab es nicht.

Wie sind deine Erfahrungen in der Schule heute?

Heute lebe ich als Lehrer offen schwul, meine Schüler und Schülerinnen sowie das Kollegium wissen Bescheid und ich habe das Gefühl unabhängig von meiner sexuellen Orientierung akzeptiert zu sein. Beim letztjährigen CSD[1] ist sogar eine Gruppe schwuler Lehrer zusammen mit einer Gay-Straight-Alliance-Gruppe[2], bestehend aus homo- und heterosexuellen Lehrern mit ihren Schülern und unserem Arbeitgeber – vertreten durch das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt München –mitgelaufen.

Dennoch ist das Coming-out ein fortwährender Prozess und hört eigentlich nie auf. Zu jeder Zeit musst du dich deiner Umwelt gegenüber immer wieder neu positionieren – sei es, wenn neue Schulklassen kommen, oder eben auf solchen Fortbildungen, in denen sich deine heterosexuellen Kollegen selbstverständlich als verheiratet mit zwei Kindern vorstellen und du kurz überlegst, ob du nun auch aufstehst und sagst: »Ich heiße Michael, bin verpartnert und auf dem Weg ein Pflegekind in meine Regenbogenfamilie aufzunehmen.«

Auf wessen Initiative kam die Fortbildung zustande?

Die Stadt München leistet sich ein eigenes Pädagogisches Institut mit einer Vielzahl von Fortbildungsmöglichkeiten. Bestimmte Lehrgänge bilden die Grundlage für Beförderungen und Weiterentwicklung. So auch die Fortbildung zum Thema »Genderkompetenz im Führungshandeln«, die ich im Juni 2016 besucht habe. Die Stadt München ist in dieser Hinsicht ein sehr progressiver Arbeitgeber. Es herrscht ein offenes Klima, in dem ich mich als schwuler Lehrer wohlfühle.

Worum ging es in der Fortbildung?

Sie dauerte drei Tage und wurde von zwei Referenten des Pädagogischen Instituts, einem Lehrer und einer Psychologin, geleitet. Zwölf Lehrerinnen und Lehrer haben daran teilgenommen. Sie kamen von Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Alle waren angehende Führungskräfte. Das Thema war weit gefasst und behandelte selbstverständlich auch Fragen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zu systematischen Benachteiligungen oder zu Teilzeitaspekten. Das LGBTI[3]-Thema war gut integriert und wurde komplex behandelt.

Hier ging es vor allem darum, Unsicherheiten und Ängste bei den Lehrern im Umgang mit gleichgeschlechtlich orientierten oder transidenten Jugendlichen abzubauen. Bei einem Outing eines Jugendlichen muss sich nicht automatisch und zwangsläufig ein Krisenteam aus Schulleitung, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen zusammenfinden. Es geht eher darum, Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, ein Klima der Vielfalt und Lebensfreude bei den Schülerinnen und Schülern zu erzeugen, um damit Diskriminierung gegenüber sexueller Orientierung an Schulen vorzubeugen.

---

1 Christopher-Street-Day - Der Christopher Street Day (CSD) ist ein Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Asexuellen. An diesem Tag wird für die Rechte dieser Gruppen sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung demonstriert und gefeiert

2 Aus dem Amerikanischen. Dort haben sich die ersten Gay-Straight-Alliance-Gruppen zwischen Schulen und Hochschulen gebildet, um Mobbing, der Homo- und Transphobie sowie dem Hass im Allgemeinen entgegenzutreten; vgl. auch den Artikel in dieser Ausgabe auf S. 12.

3 Abkürzung für lesbian, gay, bisexual und transgender

Was nimmst du für dich persönlich aus der Fortbildung mit?

Dass blinde Flecken aufgedeckt wurden – bei mir und bei den anderen Teilnehmern. Wir haben gemeinsam erarbeitet, wie dieses Thema in den Unterricht getragen werden kann. Es geht ja nicht darum, im Unterricht zu erklären, wie schwuler Sex funktioniert. Es geht darum, eine offene Atmosphäre zum Thema LGBTI zu schaffen und dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sexuellen Identität und Orientierung im Unterricht gleichberechtigt sichtbar werden. Anstelle eigener Unterrichtseinheiten zum Thema »Homosexualität» sollte einfach die Vielfalt der Lebensweisen fächerübergreifend in den Unterricht eingebaut werden. Warum nicht im Deutschunterricht solche Literatur auswählen, die zwei schwule Männer als Protagonisten handeln lässt, oder mal statt kurz vor den Sommerferien zum x-ten Mal »Hangover« Teil I bis X zu schauen, einen Film wie »Sommersturm« oder Ähnliches?

Selbst in so vermeintlich trockenen Fächern wie Wirtschafts- und Steuerlehre ginge das erstaunlich leicht. So nehme ich schon mal im Einkommensteuerrecht gerne das Beispiel von zwei verpartnerten Männern und bespreche mit der Klasse, was das zum Beispiel für deren jeweilige Steuerklasse bedeutet. Ganz pragmatisch also und das Beispiel bringt die Diskussion über Gender und gesellschaftliche Rollenverständnisse in der Klasse regelmäßig heftig in Schwung.

Was wünschst du dir bezüglich LGBTI zukünftig für die Schule?

Ich hatte ein Schlüsselerlebnis mit einer sehr heterogenen Flüchtlingsklasse. Eine junge Afrikanerin sagte im Unterricht: »Wenn ich ein schwules Kind haben werde, Herr Schönlein, dann werde ich es töten.« Zu der Zeit lief in München das Musical »La Cage aux Folles« im Gärtnerplatztheater. Ich machte ein Projekt daraus und wir studierten mit der Klasse eine Sequenz des Titels »Ich bin, was ich bin« ein. Mit Choreografie und allem Drum und Dran. Anschließend gingen wir in eine Vorstellung und durften in der Pause auch hinter die Bühne. Die Reaktionen der Schüler waren großartig. »Das sind ja alles Männer!« Die Stimmung hatte sich gedreht. Einer der Schüler aus Rumänien outete sich später in der Klasse.

Nicht alle sind in Deutschland davon überzeugt, dass das Thema Vielfalt in den Unterricht gehört.

Ich wünsche mir, dass sogenannte »besorgte Eltern« verstehen, dass die Vermittlung der Vielfalt der Lebensweisen im Unterricht ihre Kinder eben nicht sexualisiert, sondern Mobbing und Diskriminierung auf Schulhöfen und in Klassenzimmern vorbeugt. »Schwule Sau« oder »Schwuchtel« sind noch heute die am häufigsten verwendeten Schimpfwörter auf Schulplätzen. Die Selbstmordrate unter homosexuellen Jugendlichen ist fünf- bis siebenmal höher als unter heterosexuellen Jugendlichen. Lehrer und Lehrerinnen haben daher die Pflicht. einzuschreiten, hinzuschauen und die Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen vorbildhaft zu leben.

In den Berliner Leitlinien zur Sexualerziehung heißt es: »Offen homosexuell lebende Lehrkräfte und deren Akzeptanz im Kollegium tragen zu einer schulischen Atmosphäre bei, die die sexuelle Identitätsentwicklung von Schülerinnen und Schülern erleichtert.« Dem stimme ich voll zu und sehe schwule und lesbische Lehrer und Lehrerinnen da auch in einer Schlüsselposition. Sie können Ansprechpartner sein, Projektideen einbringen oder durch einen autobiografischen Ansatz ein hohes Maß an Akzeptanz in der Schulfamilie erzeugen.

Können heterosexuelle Lehrer auch dazu beitragen?

Es ist wichtig, dass LGBTI-Lehrkräfte nicht automatisch und allein für das Thema verantwortlich sind. Vielmehr ist die ganze Schulfamilie im Sinne einer Gay-Straight-Alliance gefragt, um sowohl LGBTI-Schülern in einem heteronormativ geprägten Schulumfeld ihre Identitätsentwicklung leichter zu machen als auch heterosexuellen Schülern die lebensbejahende Vielfalt der Lebensweisen aufzuzeigen.

Wenn wir damit in den Schulen zu einem Klima der Akzeptanz von Vielfalt beitragen und meine Schüler und Schülerinnen souverän und offen damit umgehen können, wenn ihnen dieses Thema in ihrem zukünftigen Leben – in welcher Form auch immer – wieder begegnet, dann leiste ich hierzu gerne meinen Beitrag und gehe auch weiterhin gerne in die Schule!

Dieses Interview erschien zuerst in dem Magazin »Männer». Wir danken der Redaktion für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.
Informationen zum Netzwerk schwuler Lehrer: schwulelehrer-bayern.de

Für eine Pädagogik der Vielfalt – eine Broschüre der GEW[1]

Die Broschüre beginnt mit einer Einführung ins Thema. Danach klärt ein Kapitel über Gruppen wie die »Besorgten Eltern« und die »Demo für alle« auf. Sodann werden die ultrakonservativen, neu-rechten und christlich-fundamentalistischen Behauptungen zu gesellschaftlicher Vielfalt analysiert und argumentativ widerlegt. Darauf folgen Informationen zu den Aufgaben, Rechten und Unterstützungsinstanzen für Lehrkräfte sowie Eltern- und Schüler*innenvertretungen. In der Schlussbetrachtung folgen ein Fazit und Hinweise darauf, in welcher Weise sich die GEW gewerkschaftspolitisch für eine Pädagogik der Vielfalt einsetzt.

Lehrkräften, anderen pädagogischen Professionen und Elternvertretungen sowie Mitgliedern in GEW-Gremien bietet die Broschüre Argumente z. B. für Elterngespräche, für Diskussionen im Kollegium, im kommunalpolitischen und öffentlichen Raum sowie für die Auseinandersetzung mit diffamierenden Publikationen. Insbesondere Lehrkräfte erfahren, auf welcher rechtlichen Grundlage sie mit einer Pädagogik der Vielfalt agieren. Sie können sich über Unterstützungsmöglichkeiten informieren, wenn sie selbst zum Ziel diffamierender Angriffe werden. Eltern- und Schüler*innenvertretungen sowie Lehrer*innenkollegien erfahren, wie sie sich in der Schule für die Sichtbarkeit gesellschaftlicher Vielfalt einsetzen können und an wen sie Eltern mit Fragen zur geschlechtlichen oder sexuellen Identität ihrer Kinder verweisen können.

von Frauke Gützkow
Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW

Für eine Pädagogik der Vielfalt.
Argumente gegen ultrakonservative, neu-rechte und christlich-fundamentalistische Behauptungen
Bestellungen bis neun Stück:
Mail: broschueren@gew.de, Fax: 069 7897370161
Bestellungen ab zehn Stück über den GEW-Shop: gew-shop.de
Artikelnummer: 1646
Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103 30332 20
Einzelpreis 2,00 EUR zzgl. Versandkosten

1 Der folgende Text ist in weiten Teilen der Broschüre entnommen (S. 6).

Happy Birthday, Gay-Straight-Alliance[1], du bist nun fünf Jahre alt!

Wer hätte im Januar 2012, als Lukas Hoffmann dich gegründet hat, daran geglaubt, dass du so schnell so groß werden würdest? Gut gemacht! Du wurdest zu Beginn aus Unwissenheit auch mal »Gay-Street-Aliens« genannt und bist jetzt eine unverwechselbare Größe an deinen Schulen. Du hast angefangen mit fünf Mitgliedern im ersten Schuljahr und hast nun einen E-Mail-Verteiler mit über 80 Namen, darunter aktuelle und ehemalige (Ja, sie bleiben dir treu!) Schüler*innen unserer Schulen sowie Schüler*innen anderer Schulen, die leider noch keine Gay-Straight-Alliance (GSA) gegründet haben. Du hast angefangen als Wohlfühlgruppe für alle jungen Menschen an deinen Schulen, die sich durch den heteronormativ geprägten Mikrokosmos Schule nicht angesprochen und vertreten gefühlt haben, und bist nun Sprachrohr für die LGBTIQA[2]-Gemeinschaft vor Ort. Du wolltest zunächst Heimat sein und junge Menschen darin bestärken, sie selbst zu sein, und bist heute Kompass für Toleranz, Akzeptanz und gegenseitigen Respekt an deinen Schulen.

Liebe GSA, es gäbe noch so viel mehr zu sagen und doch wollen wir Lehrkräfte uns diese Worte sparen und deine Mitglieder zu Wort kommen lassen.

Uns bleibt nur noch zu sagen: Wir danken all denen, die dich unterstützt haben, herzlich!

Dein Lukas Hoffmann (FOS Sozialwesen) und deine Manuela Jordanović (FOS Gestaltung)

Warum bin ich Mitglied der GSA?

»Um zumindest im letzten Jahr an dieser Schule zu mir selbst zu stehen, über meinen Schatten zu springen und aktiv für ein besseres Schulklima zu sorgen. In Zeiten von Toleranz und Akzeptanz ist es mir besonders wichtig, diese beiden Grundsätze weiterhin aufblühen zu lassen und dafür zu kämpfen. Als Mitglied der GSA wird einem dies ermöglicht.«

»Weil mir das Thema Sexualität und Toleranz sehr am Herzen liegt.«

»In meinen Augen war der Eintritt in die GSA zunächst ein Versuch, mir mögliche Unbeholfenheit und Ignoranz gegenüber der LGBTIQ-Community durch umfassende Aufklärung auszuprügeln. Bald habe ich die ersten neuen Leute kennengelernt und Schubladen-Denken ging dann eh nicht mehr.«

1 Hier handelt es sich um die Gay-Straight-Alliance (GSA) der Städtischen Rainer-Werner-Fassbinder-Fachoberschule für Sozialwesen, der Städtischen Fachoberschule für Gestaltung sowie der Städtischen Fachoberschule für Sozialwesen München Nord.

2 Die Abkürzung LGBTIQA steht für lesbisch, gay (schwul), bisexuell, transgeschlechtlich, intersexuell, queer, asexuell.

»Weil ich es einfach mega-toll finde, dass es so was wie eine GSA hier gibt. Ich finde es traurig, dass für viele Menschen das LGBT-Thema immer noch tabu ist oder nicht akzeptiert wird. Deshalb kann man in der GSA seinen Support zeigen und die Welt damit schon ein kleines Stück besser machen. Außerdem finde ich die Atmosphäre in der GSA toll und ich freue mich immer wieder sehr, freitags dort zu sein.«

»Ich bin eigentlich ziemlich sicher hetero, trotzdem oder gerade deswegen bin ich in der GSA, weil ich es wichtig finde, die LGBTQ-Community zu unterstützen. Gerade Heteros sollten das tun, weil sie einfach die Mehrheit der Gesellschaft sind. Außerdem ist es nicht selbstverständlich, dass es so eine Wohlfühlgruppe als Rückzugsort an einer Schule gibt, deshalb sollte sie so groß und intensiv wie möglich sein, um tiefgründig und beeinflussend zu bestehen.«

Was bedeutet mir die GSA?

»Ein Treffen (verrückter) Gleichgesinnter, mit denen man über Gott und die Welt reden kann; neue Freundschaften, die man nicht so leicht los wird und Uno-Spiele, die gefühlt komplett aus'm Ruder laufen.«

»Die GSA bedeutet für mich Akzeptanz und, dass ich so sein kann, wie ich bin.«

»Ein bisschen ... Familie?«

»Ich bin zwar erst neu – seit diesem Schuljahr – dabei, aber die GSA bedeutet mir bereits sehr viel. Man fühlt sich dort einfach geborgen und so akzeptiert, wie man ist. Jedes Mal gehe ich nach einem Treffen mit einem Lächeln nach Hause.«

»Ich lerne jedes Mal sehr viel, auch über mich selbst.«

Warum sollte es eine GSA an jeder Schule geben?

»Die GSA stellt für mich einen Schutzraum und Ort des Rückzugs nach einer langen stressigen Schulwoche dar. Hier kann man sich austauschen, herumalbern und einfach mal so sein, wie man ist. Daher sollte es solch eine Form (je nach Möglichkeiten) an jeder Schule geben.«

»Weil nicht jeder gelernt hat, sich selbst oder andere, die einfach anders sind, zu akzeptieren.«

»Gender und sexuality sind meiner Meinung nach in etwa die grundlegendsten Dinge, über die sich ein Jugendlicher im klar werden kann. Wenn du wie ich der breiten Hetero-Mehrheit angehörst: gut für dich! Aber dass das auf jeden in deiner Klasse oder gar in deinem gesamten Umfeld zutrifft, ist denkbar unwahrscheinlich.«

»An jeder Schule gibt es bestimmt ein paar Schüler, die das LGBT-Thema betrifft. Mit einer GSA könnte man diesen Schülern zeigen, dass man sie unterstützt und dass sie nicht alleine sind. Aber es wäre auch wichtig, das Thema denen nahezubringen, die vielleicht so gesehen gar nichts damit zu tun haben oder sogar etwas dagegen haben.«

»Weil es super wichtig ist, einen Raum der Sicherheit zu schaffen, an dem jeder so sein kann, wie er sein möchte, ohne in die Zwänge der Schulgesellschaft und der Anpassung zu geraten.«

Was wünsche ich mir von meiner Schule (Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleitung)?

»Mitschüler: Nun, ich denke, dies ist die am schwersten zugängliche Gruppe. Ihr solltet eure mögliche Unbeholfenheit und Ignoranz gegenüber der LGBTIQ-Community überdenken und neue (gegebenenfalls ›nicht-normative‹) Leute kennenlernen, womit sich euer potenziell vorhandenes Schubladen-Denken schnell einstellen wird. Lehrer: Mehr Offenheit gegenüber LGBTIQ-Themen (auch im Unterricht). Besuchen Sie GSA-Veranstaltungen; die sind äußerst informativ! Schulleitung: Ich danke der Schulleitung für ihre Unterstützung und Offenheit. Immer weiter so!«

»Dass sie der GSA Offenheit und Gehör entgegenbringt.«

»Ich bin wahnsinnig zufrieden mit dem positiven Feedback, das ich aus allen Bereichen der Schule auf meine Mitgliedschaft in der GSA bekommen habe, danke dafür!«

»Ich würde mir wünschen, dass LGBT-Themen mehr in den Unterricht eingebunden werden und dass vielleicht auch öfter und offener darüber gesprochen wird.«

»Ich bin sehr zufrieden mit meinem Umfeld, auch weil ich weiß, dass unsere Schule eine ziemliche Ausnahme ist. (Der Gedanke, in einem Jahr wieder in die ›normale Welt‹ entlassen zu werden, beängstigt mich vollkommen.) Ein Ort, wo so viel Individualität besteht und jeder dem anderen offen gegenüber in den Schulalltag hineinlebt.«

Die ersten Gay-Straight-Alliances (GSA) haben ihren Ursprung in den USA der 80er-Jahre. Sie sind entstanden, um den homosexuellen Schüler*innen Schutz zu bieten und einen sicheren und angenehmen Schulbesuch aller Schüler*innen zu ermöglichen. Heute wenden sich die GSAs an die gesamte LGBTIQA-Gemeinschaft und wollen neben einem sicheren Raum auch Möglichkeiten für Austausch und Aktion bieten.

Lukas Hoffmann (FOS Sozialwesen) und Manuela Jordanović (FOS Gestaltung) haben trotz Schultrennung an ihrer Zusammenarbeit festgehalten und repräsentieren seit fünf Jahren die GSA an ihren Schulen sowie in der Öffentlichkeit.

Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften nimmt zu

Im November 2016 wurden erschreckende Zahlen aus der Kriminalstatistik bekannt gegeben.[1] Demnach zählte die Polizei 2015 mehr Fälle von »häuslicher Gewalt« im weiten Sinn als in den Jahren zuvor. Statistisch erfasst wurden mehr als 127.000 Personen, die 2015 Opfer einer Straftat im häuslichen Umfeld wurden. Die Zahl ist damit seit 2012 um 5,5 Prozent gestiegen. Mehr als 104.290 Opfer, also über 80 Prozent, sind weiblich. Inwieweit die gestiegene Zahl angezeigter Fälle mit häufigeren Anzeigen zusammenhängt, ist unklar. So oder so ist die Dunkelziffer nicht angezeigter Fälle weitaus höher. Geschätzt wird, dass zwei Drittel aller Frauen, die schwere Gewalt erlebten, keine Hilfe holten.

Die häufigste Straftat ist mit 65.800 erfassten Fällen (63,9 Prozent) »vorsätzliche einfache Körperverletzung«, z. B. eine Ohrfeige oder ein Schlag. Mit 14,4 Prozent stehen Bedrohungen an zweiter Stelle. Schwere Körperverletzungen oder Verletzungen mit Todesfolge machen an dritter Stelle immerhin 12 Prozent aus.

Die Gruppe ehemaliger Partner macht die größte Tätergruppe aus. Die Leiterin des Hilfstelefons »Gewalt gegen Frauen« beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Petra Söchting, betont, dass die Gewalt im häuslichen Umfeld in allen sozialen Milieus stattfindet. Menschen unterschiedlicher Herkunft, unabhängig von Bildung und Einkommen, werden Opfer von häuslicher Gewalt.

Die erschreckenden Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, verstärkt darüber aufzuklären, Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Prävention, der Gegenwehr und solidarischen Unterstützung von Betroffenen aufzuzeigen.

von Wolfgang Häberle
Mitglied der DDS-Redaktion

1 Ausführlicher siehe: »Kriminalstatistik: Häusliche Gewalt gegen Frauen nimmt zu – Manchmal wohnt der schlimmste Feind im eigenen Haus«, Frankfurter Rundschau v. 22.11.2016

Solidarität mit den Mädchen und Frauen in Kobanê

Die freiheitsliebenden Frauen aus Kobanê mussten mit dem Gewehr in der Hand gegen die islamistischen Terrorist*innen des IS für die Freiheit im Kanton Kobanê in Rojava (Syrien-Kurdistan) kämpfen. Kobanê und der Befreiungskampf seiner Bewohnerinnen stehen für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und für die dort schon lange praktizierte religiöse und weltanschauliche Toleranz.

Viele der Geflüchteten sind bereits in ihre zerstörte Stadt zurückgekehrt und leben dort unter schwierigsten Bedingungen. Den Wiederaufbau wollen wir zusammen mit Euch unterstützen. Unser Projekt: Bau einer Berufsschule für Mädchen in Kobanê.
Die Mädchen und Frauen in Kobanê verdienen unsere Solidarität!
Helft mit! Jeder Euro zählt.

Spendenkonto – bitte immer das Stichwort »Kobanê« angeben!

Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24
BIC: HELADEFF

Für eine Spendenquittung bitte die vollständige Adresse angeben.

TV-L: Warnstreiks in Bayern ... TV-L: Warnstreiks in Bayern ... TV-L: Warnstreiks in Bayern ...

In **München** kamen rund 1.500 Beschäftigte zur Kundgebung zusammen.

TV-L: Warnstreiks in Bayern ... TV-L: Warnstreiks in Bayern ... TV-L: Warnstreiks in Bayern ...

Rund 400 Kolleg*innen kamen in **Erlangen** zusammen, darunter landesweit die größte Zahl an GEWler*innen. Die Stimmung war dementsprechend sehr gut (Foto oben links).
Für die GEW grüßte Kollegin Dorothea Pachale die Streikenden auf der Kundgebung (Foto oben rechts).
Der Demonstrationszug führte durch die Stadt (Foto links).

Fotos zu den Warnstreiks: S. Jung, K. Just, B. Köhler, A. Rutz und D. Schneider

Leider ohne Foto: Eine kleine, aber laute Gruppe in **Augsburg** forderte von den Arbeitgebern eine faire Bezahlung für den öffentlichen Dienst. GEW-Lehrerin Angelika Altenthan sprach auf der Kundgebung.

In **Regensburg** kamen rund 500 Beschäftigte zusammen.

In **Würzburg** zogen rund 400 Beschäftigte durch die Stadt.

Die Tarifrunde ist abgeschlossen

Nachdem in den vergangenen Wochen Tausende Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere pädagogische Fachkräfte bei den Warnstreiks den Druck auf die Arbeitgeber erhöht hatten, kam am Freitag, den 17. Februar in Potsdam der Durchbruch.
Das Ergebnis im Überblick:

Foto: Robert Michel

»Wir leben nicht mehr in einer Tauschwirtschaft«

Foto: Herby Sachs, WDR-1

Die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann (Foto) kritisiert in ihrem Buch »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« das Versagen der vorherrschenden ökonomischen Theorien. Sie beschreibt die gesellschaftlichen Folgen, von Finanzkrisen bis zum Investitionsstau der öffentlichen Hand. Thomas Gesterkamp sprach mit der Wirtschaftskorrespondentin der Tageszeitung (taz), die ausgebildete Bankkauffrau ist und Geschichte und Philosophie studierte.

Gesterkamp: Frau Herrmann, was können heutige Leser von ökonomischen Klassikern wie Smith, Marx und Keynes lernen?

Ulrike Herrmann: Das Wesentliche. Alle drei Ökonomen haben gesehen, dass der Kapitalismus ein dynamisches System ist, das global ist, auf Technik beruht und nicht an den eigenen Landesgrenzen haltmacht. Alle drei haben beschrieben, dass Machtfragen wichtig sind. Smith hat als erster Ökonom erkannt, dass Unternehmer und Angestellte zwei verschiedene Klassen sind. Marx hat herausgearbeitet, wie bedeutsam die Technik ist – und dass sie automatisch dazu führt, dass am Ende nur noch Großkonzerne übrig bleiben. Keynes hat dann die Finanzmärkte und die Spekulation ins Zentrum gerückt.

Was stört Sie an der sogenannten Neoklassik?

Die Neoklassik dominiert heute alle Lehrstühle. Leider tut dieser Ansatz so, als würden wir in einer fiktiven Tauschwirtschaft wie im Mittelalter leben. Das ist kein Witz. Großkonzerne, Maschinen, Investitionen oder Kredite spielen in dieser Theorie keine zentrale Rolle. Selbst Gewinne und Geld fehlen. Stattdessen wird in den Modellen angenommen, dass wir jeder wie Robinson Crusoe allein auf einer einsamen Insel leben würden.

»Adam Smith wäre heute wahrscheinlich Sozialdemokrat«

Wo sehen Sie die besonderen Verdienste von Adam Smith?

Smith hat die moderne Volkswirtschaftslehre begründet. Vor ihm gab es vor allem die »Hausväterliteratur«: In Ratgebern wurde alles abgehandelt, was ein männlicher Familienvorstand wissen musste – von der Viehzucht bis zur Kindererziehung. Adam Smiths Klassiker »Der Wohlstand der Nationen« von 1776 bedeutete eine gedankliche Revolution. Zum ersten Mal wurde die Wirtschaft als ein eigenes Themengebiet verstanden. Zudem hat Smith schon damals jene Fragen gestellt, die noch heute wichtig sind: Wie entsteht Wachstum? Warum sind die Arbeiter arm und die Unternehmer reich? Welche Rolle spielt die Ausbeutung in den Kolonien und bei der Sklave-

rei? Ist die Globalisierung eine Gefahr? Auch seine Antworten sind bis heute aktuell: So hat Smith bereits vor 250 Jahren ganz klar erkannt, dass es nichts mit der Intelligenz oder »Leistung« des Einzelnen zu tun hat, ob jemand Arbeiter, Philosoph oder Unternehmer wird, sondern dass die Herkunft entscheidet. Daher war er für eine progressive Einkommenssteuer und eine allgemeine Schulpflicht, was damals revolutionär war und erst hundert Jahre später eingeführt wurde. Smith wird von den Neoliberalen gern als ihr Stammvater betrachtet, aber das ist ein völliges Missverständnis. Würde Smith heute leben, wäre er wahrscheinlich Sozialdemokrat.

Was sind die Verdienste von Karl Marx?

Wie kein anderer Ökonom hat Marx konsequent in dialektischen Prozessen gedacht. Er hat also die Dynamiken und auch die Paradoxien des Kapitalismus genau auf den Punkt gebracht. Dazu gehört etwa die Erkenntnis, dass es mitten im Überfluss periodisch zu Krisen kommt. Oder dass der Wettbewerb notwendig im Oligopol endet, sich also selbst abschafft, weil jede Firma so lange ihre Produktion vergrößert, bis nur noch wenige Großkonzerne übrig bleiben, die dann ihre Branchen beherrschen. Der Kapitalismus ist also gerade keine »Marktwirtschaft«, in der viele kleine Firmen miteinander konkurrieren. Marx hat auch als Erster klar beschrieben, dass es den Besitz per se nicht gibt, sondern dass das Vermögen nur erhalten bleibt, wenn ständig investiert wird. Zudem hat er verstanden, wie entscheidend die Technik ist. Maschinen sind nicht nur Hilfsmittel der Produktion, sondern technische Innovationen definieren den Kapitalismus.

»Schon Keynes wollte das ›Finanzkasino‹ schließen«

Und die Verdienste von John Maynard Keynes?

Keynes hat das Geld in die Ökonomie integriert. Bis dahin galt das Geld als »neutral«; es wurde angenommen, dass es wie ein »Schleier« über der Wirtschaft liegen würde. Erst Keynes hat gezeigt, dass das Geld zwar »aus dem Nichts« entsteht, dass es aber trotzdem die treibende Kraft ist. Denn im heutigen Kapitalismus wird an den Finanzmärkten entschieden, ob es sich lohnt, in »echte« Firmen zu investieren, oder ob es sich stärker rentiert, einfach nur zu spekulieren. Keynes war übrigens dafür, das »Finanzkasino« – der Begriff stammt auch von ihm – wieder zu schließen. Zudem hat Keynes ein völlig neues Fach innerhalb der Volkswirtschaftslehre erfunden – die sogenannte »Makroökonomie«. Er entdeckte, dass die Gesamtwirtschaft mehr ist als nur die Summe ihrer Teile. Er interessierte sich daher nicht für den einzelnen Haushalt oder das einzelne Unternehmen, sondern konzentrierte sich auf »Gesamtaggregate« wie Investitionen oder Konsumausgaben. Dies führte dann auch zum »Bruttoinlandsprodukt«, heute die wichtigste Zahl in der Ökonomie, die ebenfalls eine Erfindung von Keynes ist.

Der Titel Ihres Buches »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« klingt verwirrend. Was ist denn die Lösung?

Der Titel ist ironisch gemeint und zielt auf die Mainstream-Ökonomie, die den Kapitalismus ignoriert und sich in die heile Welt der Wochenmärkte zurückzieht, wo Äpfel und Birnen getauscht werden. Das ist nicht nur absurd, sondern enorm teuer. Die letzte Finanzkrise hat weltweit Billionen gekostet. Dieser Crash wurde nur möglich, weil Krisen in der Neoklassik nicht vorkommen. Daher muss man zu Smith, Marx und Keynes zurückkehren, wenn man verstehen will, wie der real existierende Kapitalismus funktioniert.

»Die Ökonomie ist keine Naturwissenschaft«

Wenn die Defizite der neoklassischen Theorie so offensichtlich sind – wieso hat sie sich dennoch durchgesetzt?

Diese Theorie eignet sich hervorragend für mathematische Modelle. So wird der Eindruck erzeugt, die Ökonomie wäre eine Naturwissenschaft wie die Physik. Dies entsorgt dann das leidige Thema namens »Macht«. Plötzlich ist es keine politische Frage mehr, warum einige reich und viele arm sind. Die Ungleichheit wird zu einem angeblichen Naturgesetz erhoben, an dem sich nichts ändern lässt. Keynes war promovierter Mathematiker, trotzdem hat er immer davor gewarnt, die Ökonomie in mathematische Modelle zu pressen. Denn damit wird eine Präzision suggeriert, die es nicht gibt. In der Physik kann man die Flugbahn eines Balles genau berechnen. Aber so etwas gibt es in der Ökonomie nicht: Weder kann man künftige Ereignisse vorhersagen, noch weiß man hinterher mit absoluter Sicherheit, wie es beispielsweise zu Krisen gekommen ist.

Was sind die gesellschaftlichen Folgen unzureichender ökonomischer Theorien?

Vorweg: In der Ökonomie kann es keine absolute »Wahrheit« geben. Der Kapitalismus entwickelt sich so rasant, dass jede Generation ihre eigene Wirtschaftswissenschaft entwickeln muss. Trotzdem ist eines ganz sicher: Wir leben nicht in einer neoklassischen Tauschwirtschaft. Leider dominieren die Neoklassiker aber alle Expertengremien, die die Regierungen beraten. Das Ergebnis sind dann schwere Finanzkrisen, die sehr teuer sind. Aber auch die Angestellten werden immer wieder zu Opfern dieser falschen Theorie: Die Neoklassiker raten nämlich permanent dazu, die Löhne zu senken. Was übrigens auffällt: Auf sich selbst wenden sie ihre Theorie niemals an. Noch nie hat man davon gehört, dass ein Wirtschaftsprofessor der Meinung wäre, dass er und seine Kollegen weniger verdienen sollten. Dieses Missverhältnis hat schon Keynes geärgert: Er hat sich mehrfach darüber lustig gemacht, dass seine Kollegen gern Opfer von der Arbeiterklasse verlangten, selbst aber sehr bequem auf ihren Dozentenstühlen saßen.

In den öffentlichen Haushaltsberatungen ist ständig von der »Schwarzen Null« die Rede, obwohl es einen gewaltigen Investitionsstau im Bereich der Infrastruktur gibt. Sind auch unsere Finanzpolitiker falsch beraten?

Absolut. Ohne Investitionen kann es kein Wachstum geben. Deutschland lebt davon, Hochtechnologie zu exportieren. Doch sowohl die privaten Unternehmen wie der Staat investieren viel zu wenig in Forschung. Zudem ist es absurd, die »Schwarze Null« absolut zu setzen. Momentan sind die Kreditzinsen für den Staat negativ. Der Finanzminister bekommt also noch Geld geschenkt, wenn er Schulden macht.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Buch

Ulrike Herrmann: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder: Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Westend Verlag, Frankfurt 2016, 288 Seiten, 18 Euro

Reform der Lehrer*innenbildung

Mia san mia und mia ändern nix!

Zum Tenor und Inhalt einer Pressemitteilung des bildungspolitischen Sprechers der CSU-Landtagsfraktion vom Sommer 2016

Ereignisse in chronologischer Abfolge

Zum Schuljahresende im Juli 2016 veröffentliche die GEW Bayern eine Pressemitteilung (PM)[1] mit verschiedenen Forderungen, klagte Missstände in der Einstellungspolitik des Kultusministeriums an und forderte unter anderem eine Reform der Lehrer*innenbildung mit einem kleinen Verweis auf sogenannte Stufenlehrer*innen.[2] Aufgrund dieser PM recherchierte ein Journalist der Deutschen Presse-Agentur (dpa), rief bei Bernhard Baudler, dem Organisationssekretär der GEW Bayern für den Bereich Schule, an und verfasste dann selbst eine dpa-Meldung. Ihr Inhalt wurde von kleineren bayerischen Lokalzeitungen aufgenommen und so erhielt die Forderung nach einer Reform der Lehrer*innenbildung plötzlich ein größeres Gewicht, denn sie wurde als Gewerkschaftsforderung dargestellt und zitiert. Begründet wurde die Notwendigkeit einer anderen Lehrer*innenbildung im Interview von Bernhard Baudler unter anderem damit, dass sich so verschiedene aktuelle Probleme von jungen Gymnasial- und Realschullehrer*innen an Grund- und Mittelschulen sowie Förderschulen lösen bzw. gar nicht erst entstehen würden. In Kürze zur Situation: Ausgebildete Kolleg*innen der Lehrämter Gymnasium bzw. Realschule erhalten in Bayern im Moment wegen des Bewerber*innenüberhanges an »ihrer Schulart« und des Bewerber*innenmangels an Grund-/ Mittel- sowie Förderschulen befristete Jahresverträge und dürfen nach einem Jahr meist nicht bleiben, auch wenn dies alle Beteiligten wünschten und damit einverstanden wären. Einzelnen wenigen (20 in Oberbayern!) wird im Moment nach abgeschlossenem Studium und Referendariat eine Zweitqualifikation für das Lehramt an Sonderschulen (wie das Lehramt noch immer heißt!) angeboten – wie großzügig nach einer 7- oder 8-jährigen Ausbildung.

Foto: imago/ZUMA press

Verschiedene Reaktionen

Kurz nach den Zeitungsberichten meldeten sich die bildungspolitischen Sprecher der beiden Oppositionsparteien im Landtag mit kurzen Pressemitteilungen (Ende Juli die Grünen und Anfang August die SPD). In beiden wurde recht moderat eine Änderung der Lehrer*innenbildung gefordert.

In den meisten Fällen gibt es aus dem Kultusministerium kaum direkte Reaktionen auf die Klagen oder Anklagen seitens der GEW. Lag es an den Berichten in den Lokalzeitungen? Waren es die unterstützenden Statements der Oppositionsparteien? Es war auf jeden Fall anders im letzten Sommer: Die drei Worte »Reform der Lehrer*innenbildung« waren offensichtlich der Grund, dass sich die CSU-Fraktion in Form ihres bildungspolitischen Sprechers Waschler mit einer PM meldete und offensichtlich die Notwendigkeit sah, ihre Sicht der Dinge in die Welt hinauszuposaunen.

Auch wenn es mich innerlich quält und sich in mir vieles sperrt, den Inhalt der PM in der DDS zu veröffentlichen, habe ich mich entschlossen, dies zu tun. Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, ich hätte beim Zitieren aus dem Zusammenhang gerissen. Und ich will nicht nur zitieren, denn meine Antwort ist auch auf die PM als Ganze gerichtet.

Zuerst aber nun der Wortlaut:

Pressemitteilung des bildungspolitischen Sprechers der CSU-Landtagsfraktion Prof. Dr. Gerhard Waschler 11.08.2016 - 16:01 Uhr, CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag:
Lehrerausbildung ist auf hervorragendem Niveau – Rotgrüne Pläne von Einheits- und Stufenlehrer gescheitert
München (ots) - »Die Lehrerausbildung in Bayern befindet sich auf einem hervorragenden Niveau und findet bundesweit große Anerkennung. Gerade durch die schulartspezifische Ausbildung gelingt es in Bayern besonders gut, angehende Lehrerinnen und Lehrer auf ihre künftige Aufgabe im Schulalltag gezielt und effektiv vorzubereiten,« sagt Prof. Dr. Gerhard Waschler, bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag zu den aktuellen kritischen Meldungen über die bayerische Lehrerausbildung. Der Freistaat biete mit seinem differenzierten und durchlässigen Schulsystem jeder Schülerin und jedem Schüler ein Bildungsangebot, das deren Begabungen und Interessen entspricht. Dieser grundlegende pädagogische Ansatz spiegelt sich auch in der Lehrerausbildung wider. So braucht ein Gymnasialleh-

1 »Die Bildungsgewerkschaft GEW setzt sich für Bildungsgerechtigkeit und eine neue Lehrer*innenbildung ein – Zum Schulbeginn viele bildungspolitische Baustellen in Bayern« v. 9.9.2016; vgl. gew-bayern.de

2 Im Rahmen der Reform der Lehrer*innenbildung sollen Stufenlehrer*innen schulartunabhängig, mit einer gemeinsamen Grundbildung und einer anschließender Spezialisierung ausgebildet werden.

rer beispielsweise spezifischere und tiefere Fachkenntnisse in seinen Unterrichtsfächern als ein Mittelschullehrer, der nach dem Klassenlehrerprinzip in fast allen Fächern eingesetzt wird. Dieser benötigt seinerseits über breit ausgerichtete fachliche Kenntnisse hinaus ganz besondere pädagogische und didaktische Kompetenzen, da er seine Schülerinnen und Schüler ganzheitlich begleitet. Waschler fügt hinzu: »Es ist daher nicht überraschend, dass alle Träume vom Einheits- oder Stufenlehrer in rot-grün regierten Bundesländern praktisch gescheitert sind, und man uns in Bayern um die hohe Qualität der Lehrerbildung deutschlandweit beneidet.« Eine Umstellung der Lehrerausbildung auf einen solchen Einheitslehrer kann daher auch nicht die Lösung für das Problem sein, dass es derzeit in Schularten wie den Mittelschulen Bewerbermangel und im Bereich der Realschulen und Gymnasien einen Bewerberüberhang gibt. Um dies auszugleichen bietet das Kultusministerium bei Bedarf besondere Weiterqualifizierungsmaßnahmen an, in denen fertigen Lehrkräften die Kompetenzen und Fähigkeiten vermittelt werden, die sie beim Einsatz in einer anderen Schulart benötigen. Durch diese zusätzliche Qualifikation und damit verbundene Unterrichtserlaubnis für eine weitere Schulart wird sichergestellt, dass sie den neuen Aufgaben gewachsen sind und die hohe Unterrichtsqualität erhalten bleibt.
Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen werden auch langfristige Steuerungselemente stetig verbessert: So wurden die Beratungsangebote vor und während des Studiums deutlich verstärkt. Insbesondere mit den immer präziseren Lehrerbedarfsprognosen werden Abiturienten und Studierende frühzeitig auf bestehende Anstellungsperspektiven aufmerksam gemacht beziehungsweise auf geringe Einstellungschancen in bestimmten Schularten und Fächern hingewiesen. »Dadurch können Bewerberströme gelenkt und Frustration am Ende einer langen Ausbildung vermieden werden«, so Waschler abschließend. Damit sei sowohl den zukünftigen Lehrern als auch unserer hohen Bildungsqualität insgesamt am besten gedient.

Es ist schon unglaublich, mit welcher Selbstherrlichkeit und Arroganz der absoluten Mehrheit die PM verfasst ist.

Aussagen werden nicht belegt: Welche Bundesländer bewundern denn Bayern um sein Bildungssystem? Wer schreibt denn über das tolle bayerische Bildungssystem mit großer Anerkennung? Eine Aussage ohne Begründung und Beleg ist eine Vermutung oder eine Meinungsäußerung, mehr nicht! Nicht vorhandene »andere« zu zitieren ist doch nur ein Zeichen davon, dass man es nötig hat.

Unter welchem Gesichtspunkt ist denn Bayern an der Spitze? Das ist ja doch wohl nur der Aspekt »Leistung«, denn bei der Förderung von Benachteiligten schaut es ganz anders aus …! Auch hier wird die Aussage unbegründet in den Raum gestellt: Es werden keine Kriterien oder Gesichtspunkte angeführt, obwohl dies durchaus möglich wäre. Somit ist auch dies Meinungs- und Stimmungsmache durch absichtliches Weglassen.

»Rot-grüne Pläne vom Einheits- und Stufenlehrer gescheitert« – das ideologische Totschlagargument konservativer Bildungspolitiker*innen seit vielen Jahren. Haben sie das immer noch nötig? Ist das das Niveau einer politischen Auseinandersetzung? Der Rückgriff auf die ideologisch ausgelatschte Phrase der Einheitsschule und der darin arbeitenden Einheitslehrer*innen ist meiner Meinung nach Stammtischniveau oder Bierzeltrhetorik.

Alle drei Punkte sind Ausdruck von Polemisierung und Haudrauf-Rhetorik einer politischen Fraktion, die sich gar nicht mehr mit anderen auseinandersetzen muss. Schade nur, dass das »sich-gar-nicht-mehr-auseinandersetzen-müssen« eher dem gewichen ist, dass man dem, der anderer Meinung ist, gar keine guten Gründe oder keine wissenschaftlich fundierte Recherche unterstellt, sondern alle, die anderer Meinung sind, wie in dieser PM nur noch wegfegt.

Manchmal fehlen mir die Worte um zu kommentieren, was die bayerische Staatsregierung so alles verlauten lässt. Nach 30 Jahren im Schuldienst und knapp 60 Lebensjahren hat man sich an vieles gewöhnt. Ab und zu denke ich: »Schau doch einfach weg, bringt ja eh nix.« Bei dieser PM kam mir aber wieder mal so richtig die Galle hoch. Ich hab mich richtig aufgeregt,

- über die ganze Diktion,
- über die oben detailliert geschilderten Punkte und
- über die Arroganz und Dreistigkeit.

Doch es ging noch weiter:

Ohne Not schoben der bayerische Realschullehrerverband (brlv) und die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) wenige Wochen später zwei Presseverlautbarungen nach, die man eigentlich in nur wenigen Worten zusammenfassen kann:

»Ja genau, Herr Waschler!
Untertänigst, ihre Berufsverbände
brlv und abl«

Wenn das alles nicht so traurig wäre, dann hätte man vielleicht lachen können.

Lachen konnte ich nicht!

Es muss einmal mehr festgestellt werden: Die »Mia san mia und mia ändern nix«-Haltung ist frech und dreist, der Inhalt peinlich!

PS: Seit dem letzten Gewerkschaftstag gibt es auf GEW-Bundesebene das »Zukunftsforum Lehrer*innenbildung«, eine Arbeitsgruppe mit ca. 60 Vertreter*innen aus verschiedenen GEW-Ebenen aller Bundesländer sowie aus Wissenschaft und Praxis. Ziel war, einen Antrag für den Gewerkschaftstag im Mai 2017 zu erarbeiten, wie die Lehrer*innenbildung im 21. Jahrhundert aussehen könnte.

Der Antrag ist fertig und wird dem Gewerkschaftstag zur Beratung und Abstimmung vorliegen.

Als Lehrender (schulnah) war ich gemeinsam mit Eva König als Lernende (uninah) Teilnehmer an diesem dreijährigen Projekt und mit Eva Vertreter des Landesverbandes Bayern.

Ich hoffe, dass also in Kürze sehr konkrete Vorschläge für eine Lehrer*innenbildung im 21. Jahrhundert aus GEW-Perspektive zur Verfügung stehen werden.

von Wolfram Witte
Förderschullehrer
Mitglied der DDS-Redaktion

PM der Grünen vom 15.7.2016: Schlechte Berufschancen an Gymnasien und Realschulen: Grüne fordern Reform der Lehrerbildung

PM der SPD vom 9.8.2016: SPD will Reform der Lehrerausbildung; Spezialisierung auf Schulart erst im Referendariat

PM des brlv vom 23.8.2016: Qualität der Lehrkräfte ist Schlüssel zum Bildungserfolg – Vorsitzender des Realschullehrerverbandes fordert Qualität in der Ausbildung der Lehrkräfte sowie gesellschaftliche Anerkennung des Lehrerberufes und warnt vor sinnloser »Reformitis«

PM der abl vom 28.9.16: Absage an »Einheitslehrerausbildung«, abl-Vorsitzende: Schulartspezifische Lehrerausbildung unabdingbar

Früher raus aus dem Beruf

Foto: imago/Bernhard Classen

Die gesetzliche Altersgrenze

Das Alter für den gesetzlichen Ruhestandseintritt von bayerischen Beamtinnen und Beamten wurde analog dem Rentenrecht auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben. Diese neue Altersgrenze gilt allerdings erst ab dem Geburtsjahrgang 1964. Bis dahin gilt eine Übergangslösung. Die gesetzliche Altersgrenze ist beim Thema »Früher raus aus dem Beruf« deswegen so bedeutsam, weil sie das Ende des Zeitraums definiert, für den eine wie auch immer geartete Übergangsregelung gefunden werden muss.

Hinweis für Lehrkräfte: Für sie ist die gesetzliche Altersgrenze das Ende des Schulhalbjahres, in dem die jeweilige Altersgrenze vollendet wird.

Gesetzliche Altersgrenze (Art. 62 i. V. m. Art. 143 BayBG, § 33 i. V. m. § 44 TV-L) – Übergangsregelung, hier nur ein paar wenige Beispiele:

Jahrgang	Altersgrenze
1950	65 Jahre + 4 Monate
1955	65 Jahre + 9 Monate
1960	66 Jahre + 4 Monate
1964	**67 Jahre**

Einfacher als mit der Tabelle geht es mit der »Berechnungshilfe zur Altersteilzeit« des Kultusministeriums, die quasi auf Knopfdruck u. a. das Datum für den gesetzlichen Ruhestand liefert. (km.bayern.de/lehrer/dienst-und-beschaeftigungsverhaeltnis/teilzeit-und-altersteilzeit.html)

Nachfolgend werden Möglichkeiten skizzenhaft dargestellt, wie die aktive Berufstätigkeit vor der gesetzlichen Altersgrenze beendet oder reduziert werden kann.

1. »Das ultimative Ende« (Art. 57 BayBG, § 34 TV-L)

Das ultimative Ende einer Berufstätigkeit ist die »Kündigung«, bei Beamtinnen und Beamten die sogenannte »Entlassung aus dem öffentlichen Dienst«.

Während bei Tarifbeschäftigten bestimmte Kündigungsfristen zu beachten sind, können Beamtinnen und Beamte jederzeit ihre Entlassung beantragen, die allerdings bei Lehrkräften bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres hinausgeschoben werden kann.

Mit der Entlassung enden die Ansprüche auf Besoldung und Beihilfe. Wer gekündigt hat, muss sich deshalb selber um einen entsprechenden vollen Krankenversicherungsschutz bemühen, was meistens mit höheren Kosten verbunden ist.

Für die Zeit im Beamtenverhältnis erfolgt eine Nachversicherung in der Deutschen Rentenversicherung (DRV), nicht aber in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL), was eine Minderung der Versorgungsansprüche von rund einem Drittel zur Folge hat. Die vorzeitige Auszahlung von Rentenansprüchen ist grundsätzlich nicht möglich.

2. Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit (Art. 65 BayBG)

Das oft zu hörende Gerücht, Beamtinnen und Beamte könnten sich ohne Weiteres wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzen lassen, beruht auf einem Irrtum. Die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit erfolgt nur, wenn die Dienstfähigkeit laut amtsärztlichem Gutachten dauerhaft oder auf längere Zeit weniger als 50 Prozent beträgt.

3. Altersurlaub (Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung, Art. 90 BayBG)

Beamtinnen und Beamten kann auf Antrag nach Vollendung des 50. Lebensjahres bis zum Beginn des Ruhestands Urlaub ohne Dienstbezüge bewilligt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Zu den dienstlichen Belangen gehört z. B. Personalmangel.

Mangels Besoldung besteht kein Anspruch auf Beihilfe, weshalb in den meisten Fällen eine entsprechende Anpassung der Krankenversicherung auf vollen Kostenersatz nötig wird. Die Möglichkeit, »berücksichtigungsfähiger« Angehöriger bzw. Angehörige in der Beihilfe zu werden, scheitert in den ersten beiden Jahren meistens an der finanziellen Grenze, der zufolge der Gesamtbetrag der Einkünfte gemäß § 2 Abs. 3 Einkommensteuergesetz im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrags den Betrag von 18.000 EUR nicht übersteigen darf. Die Aufnahme in eine Familienversicherung ist nicht möglich, weil Beamtinnen und Beamte auch während einer Beurlaubung ihren Beamtenstatus behalten und sie deshalb nicht der Versicherungspflicht unterliegen (§ 6 Abs. 1 SGB V).

4. Freistellungsmodell (Art. 88 Abs. 4 BayBG)

Das Freistellungsmodell (»Sabbatjahrmodell«) ist eine Sonderform von Teilzeit. Die mit der Teilzeit verbundene Reduzierung der Arbeitszeit wird angespart und am Schluss in Form von einem oder zwei Freistellungsjahren zurückgegeben. Grundsätzlich ist das Freistellungsmodell nur für ganze Schuljahre möglich. Beginn ist jeweils der erste Tag eines Schuljahres (1. August). Auch im Freistellungsjahr bzw. in den Freistellungsjahren besteht der Anspruch auf Besoldung und Beihilfe.

Das Freistellungsmodell ist für Lehrkräfte und Förderlehrerinnen und -lehrer aller Schularten, Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfe möglich, für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger (Schulleiter/Schulleiterinnen, Schulleiterstellvertreter/Schulleiterstellvertreterinnen, Seminarleiter/Seminarleiterinnen) nur, falls die Freistellung direkt vor dem Ruhestand erfolgt. Grundsätzlich ist das Freistellungsmodell auch für Teilzeitbeschäftigte möglich, doch ist hier Einzelberatung notwendig.

Das wiederholt mögliche Freistellungsmodell hängt nicht vom Vollenden einer bestimmten Altersgrenze ab. Es bietet auch jüngeren Beschäftigten die Möglichkeit, nach entsprechender »Ansparung« bei finanzieller Absicherung (auch für den Krankheitsfall!) ein oder zwei Schuljahre vollständig von der Arbeit freigestellt zu werden. Das Ansparen der Freistellungsjahre aus verschiedenen »Zyklen« ist nicht möglich.

Derzeit mögliche Modelle:

Laufzeit (Jahre)	Anspar-jahre	Freistellungs-jahr(e)	Besoldung
3	2	1	2/3
4	3	1	3/4
	2	2	2/4
5	4	1	4/5
	3	2	3/5
6/7/8/9/10	analog	analog	analog
10*	5*	5*	5/10*

* nur möglich bei anschließender Versetzung in den Ruhestand (gesetzlich oder auf Antrag)

Für ältere Beschäftigte bietet es eine Möglichkeit, das aktive Berufsleben vorzeitig zu beenden. Das 10-jährige Freistellungsmodell mit fünf Freistellungsjahren ist nur möglich, wenn im Anschluss an das letzte Freistellungsjahr die Versetzung in den Ruhestand (gesetzlich oder auf Antrag) erfolgt.

Jedes Freistellungsmodell kann ggf. auch mit dem Antragsruhestand kombiniert werden.

Beispiel eines 5-jährigen Freistellungsmodells (Ansparphase in Vollzeit)

a) 1 Freistellungsjahr

4 Jahre werden voll gearbeitet. Das 5. Jahr ist das Freistellungsjahr. Die Besoldung beträgt während der gesamten 5-jährigen Laufzeit 4/5 der bei Vollzeit zustehenden Besoldung. Von den insgesamt 5 Jahren werden die 4 Ansparjahre auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit angerechnet.

b) 2 Freistellungsjahre

3 Jahre werden voll gearbeitet. Das 4. und 5. Jahr sind die beiden Freistellungsjahre. Die Besoldung beträgt während der gesamten 5-jährigen Laufzeit 3/5 der bei Vollzeit zustehenden Besoldung. Von den insgesamt 5 Jahren werden die 3 Ansparjahre auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit angerechnet.

5. Altersteilzeit

Altersteilzeit (ATZ) ist eine besondere Art von Teilzeit. Für Lehrkräfte ist ATZ ab dem Beginn des Schuljahres möglich, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden. Mit ihr soll ein gleitender Übergang von der aktiven Berufstätigkeit in den Ruhestand ermöglicht werden. ATZ endet deshalb zwingend mit der Versetzung in den Ruhestand (gesetzlich oder auf Antrag).

- Die Arbeitszeit während der ATZ beträgt 60 Prozent der durchschnittlichen Arbeitszeit der fünf Jahre vor der ATZ. Altersermäßigung entfällt bei ATZ.
- Die Bezüge entsprechen dank des ATZ-Zuschlags während der gesamten Laufzeit der ATZ 80 Prozent der Nettobezüge, wie sie bei einer Beschäftigung im Umfang der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der ATZ durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit zustehen würden. Der steuerfreie ATZ-Zuschlag kann sich bei der Berechnung des Einkommenssteuersatzes mittelbar steuererhöhend auswirken.

Varianten: Teilzeit- oder Blockmodell

- Im Teilzeitmodell wird bis zur Versetzung in den Ruhestand durchgehend mit 60 Prozent der in den fünf Jahren vor Antritt der ATZ durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit gearbeitet.
- Im Blockmodell wird zunächst während der Anspar- bzw. Arbeitsphase im Umfang der in den letzten fünf Jahren vor der ATZ durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit weitergearbeitet. In der anschließenden Freistellungsphase erfolgt dann eine völlige Freistellung von der dienstlichen Tätigkeit. Das Verhältnis von Arbeits- und Freistellungsphase ist 60 Prozent/40 Prozent der gesamten Laufzeit. Im 5-jährigen Blockmodell (vgl. Tabelle) werden deshalb drei Jahre »voll« gearbeitet, worauf sich die zwei Freistellungsjahre anschließen.

Folgende Blockmodelle sind derzeit für Lehrkräfte möglich:

Gesamt-laufzeit (Jahre)	Arbeits-phase (Jahre)	Freistellungs-phase (Jahre)
6,25	3,75	2,50
5,00	3,00	2,00
3,75	2,25	1,50
2,50	1,50	1,00
1,25	0,75	0,50

ATZ ist erst ab einem Alter möglich, in dem sich viele Lehrkräfte eine Entlastung wünschen oder eine solche benötigen. Wer ATZ arbeiten will, sollte sich deshalb vorher überlegen, welches Modell den persönlichen Intentionen entspricht. Beim Teilzeitmodell wird die Arbeitszeit von Beginn an reduziert. Beim Blockmodell wird die Arbeitszeit in der anfänglichen Ansparphase nicht reduziert, sondern wegen des Wegfalls der Altersermäßigung sogar geringfügig erhöht. Die angesparte Freistellung bzw. Reduzierung kommt beim Blockmodell erst danach in Form der abschließenden Freistellungsphase.

6. Antragsruhestand (Art. 64 BayBG)

Beamtinnen und Beamte können nach Vollendung des 64. Lebensjahres auf

Antrag in den Ruhestand versetzt werden. Für Lehrkräfte ist das jeweils am Ende eines Schulhalbjahres möglich. Antragsruhestand ist der klassische »Notausgang«, weil er ab Vollendung des 64. in halbjährigem Turnus möglich ist und relativ kurzfristig (sechs Monate vorher) beantragt werden kann. Er ist mit dem Freistellungsmodell und der ATZ kombinierbar.

Für die Zeit zwischen Ruhestandsversetzung und gesetzlicher Altersgrenze wird ein Versorgungsabschlag in Höhe von 3,6 Prozent pro Jahr (maximal 10,8 Prozent) vorgezogener Ruhestandsversetzung erhoben. Der Versorgungsabschlag wird einbehalten, solange diese Versorgungsbezüge oder Teile daraus gezahlt werden.

Wer eine Dienstzeit von insgesamt 45 (Schwerbehinderte: 40) Dienstjahren erreicht hat, kann nach Vollendung des 64. (Schwerbehinderte: 60.) Lebensjahres ohne Versorgungsabschlag in den Ruhestand versetzt werden. Dabei werden Ausbildungszeiten bis zu drei Jahren und Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung voll angerechnet sowie ggf. Zeiten einer Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr berücksichtigt.

Fazit

Es gibt etliche Möglichkeiten, die aktive Berufstätigkeit vor der gesetzlichen Altersgrenze zu beenden oder zu reduzieren. Die Vor- und Nachteile unterliegen jeweils der individuellen Abwägung. Für Beratungen mit Blick auf die jeweiligen Rechtsfolgen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle und die Personalratsmitglieder gerne zur Verfügung.

von Wolfgang Fischer

Ehrenamtlicher Leiter
der Landesrechtsstelle
der GEW Bayern

Tel.: 0821 544300
E-Mail: wolfgang.fischer@gew-bayern.de

»Nein« zu Berufsverboten

Junge GEW Bayern initiiert Bündnis gegen Gesinnungsschnüffelei

Im Januar 1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten aller Bundesländer unter Kanzler Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass. Etwa 3,5 Mio. Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst mussten sich daraufhin einer Überprüfung ihrer Einstellung zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland unterziehen. 11.000 Berufsverbotsverfahren waren die Folge; rund 1.500 Bewerber*innen wurden abgelehnt oder aus dem Staatsdienst entlassen. Es traf vor allem Lehrende an Schulen und Hochschulen, Sozialarbeiter*innen sowie Beschäftigte bei Post, Bahn oder in der Rechtspflege.

Zentrales Instrument hierfür war die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz, welche prüfte, ob dort Erkenntnisse über Mitgliedschaft, Kandidaturen oder Sympathien für »verfassungsfeindliche Gruppierungen« vorlägen. War dem so, folgte im Rahmen einer Anhörung die sogenannte Gesinnungsprüfung. Bereits Zweifel, ob die bzw. der Überprüfte »jederzeit für die freiheitliche und demokratische Grundordnung eintreten wird«, erlaubten die Ablehnung des Einstellungsantrags.

In Bayern aktuell bis heute

Dieses Vorgehen ist in seiner Gänze noch immer nicht überholt: An der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München blockierte der bayerische Verfassungsschutz vergangenes Jahr über Monate hinweg die Vergabe einer Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Kollegen Kerem Schamberger – allein aufgrund seiner linken Gesinnung. Der Kommunikationswissenschaftler Schamberger ist kein Einzelfall: Im Jahr 2016 wurden allein bis August mehr als 530 Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst einer »Gesinnungsprüfung« durch den Verfassungsschutz unterzogen. Zu wie vielen Berufsverboten dies geführt hat, lässt der Verfassungsschutz allerdings nicht öffentlich verlautbaren.

Obwohl der sogenannte Radikalenerlass seit 1991 in Bayern offiziell abgeschafft ist, müssen auch heute noch ausnahmslos alle Anwärter*innen auf Stellen im öffentlichen Dienst einen »Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue« ausfüllen. Abgeglichen werden diese Angaben mit einer »Extremismusliste«, welche die vom bayerischen Verfassungsschutz als extremistisch oder als extremistisch beeinflusst eingestuften Organisationen auflistet.

Thema öffentlich machen

2016 haben Mitglieder der Jungen GEW Bayern das Bündnis gegen Gesinnungsschnüffelei initiiert. Dem Bündnis gehören mittlerweile Gewerkschaften, Parteien und Organisationen an, deren gemeinsames Ziel die Abschaffung des »Fragebogens zur Überprüfung der Verfassungstreue« ist. Das Bündnis wendet sich entschieden gegen »Gesinnungsprüfungen« auf der Grundlage von Einstufungen des Verfassungsschutzes: Eine vom bayerischen Verfassungsschutz erstellte »Extremismusliste« ist völlig ungeeignet, menschenfeindliche Ideologien aus staatlichen Einrichtungen fernzuhalten. Gemeinsam will das Bündnis dieses Thema in Zukunft verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Die Politik der Berufsverbote richtet sich gegen gesellschaftliche Alternativen zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und versucht, diese zu kriminalisieren. Die durch die Abfrage geschaffene Atmosphäre der Gesinnungsschnüffelei lässt zudem den Eindruck entstehen, dass oppositionelle Demokrat*innen zu bayerischen Staatsfeind*innen vorverurteilt werden. Dies befördert ein Klima der Einschüchterung und Verunsicherung, welches noch durch die exemplarische Disziplinierung und Bedrohung Einzelner verstärkt wird. Es schreckt viele Auszubildende, Studierende und Lehrende an Schulen und Hochschulen ab, sich für fortschrittliche Politik einzusetzen und ihre Interessen organisiert zu vertreten.

Gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und europäischem Recht gilt es, jegliche Form von unmittelbarer oder mittelbarer Diskriminierung, auch aufgrund der Weltanschauung, zu unterlassen. Die vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz praktizierte und von der bayerischen Staatsregierung angeordnete Vorgehensweise der »kollektiven Gesinnungsprüfung« bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst steht im absoluten Widerspruch dazu.

Erfolg für Kerem Schamberger

Dem souveränen Handeln der Kolleg*innen der LMU München ist es zu verdanken, dass trotz negativen Bescheids des bayerischen Verfassungsschutzes Kerem Schamberger zu Beginn des Jahres seine Stelle endlich antreten konnte. Obwohl nach sechsmonatiger Bearbeitungszeit der Verfassungsschutz die LMU wissen ließ, dass die politische Haltung Schamberges »mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland eigentlich nicht« zu vereinbaren ist, wurde er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung eingestellt. Übrigens bekennt sich Kerem Schamberger selbst sehr wohl klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands und dem Grundgesetz – allein der Gleichsetzung von Demokratie und Kapitalismus widerspricht er deutlich.

Um die Thematik rund um die Gesinnungsschnüffelei weiter im Fokus der Öffentlichkeit zu halten, plant das Bündnis für 2017 mehrere öffentliche Veranstaltungen. Im DGB-Haus München ist darüber hinaus vom 7.6. bis 20.7.2017 die Ausstellung »›Vergessene‹ Geschichte – Berufsverbote. Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland« zu sehen.

In den kommenden Wochen wird die Webseite des Bündnisses online gestellt. Diese informiert zukünftig über Veranstaltungstermine und weitere Bündnisaktivitäten: gegen-gesinnungsschnueffelei.de

von Miriam Hannig
Vermittlungswissenschaftlerin M. A., Sprecherin der Jungen GEW Bayern, Vorstandsmitglied des GEW-KV Augsburg

Das Bündnis gegen Gesinnungsschnüffelei trifft sich regelmäßig in München, um das weitere Vorgehen zu planen, wobei eine bayernweite Vernetzung angestrebt wird. Interessierte können sich gerne direkt an das Bündnis oder an die Sprecher*innen der Jungen GEW Bayern wenden:
info@gegen-gesinnungsschnueffelei.de
jungeGEWteam@gew-bayern.de

Bündnismitglieder:
AStA-Referat für Gesellschaft und politische Bildung der Universität Augsburg • DKP München • FAU München • GEW München • GEW Augsburg • Junge GEW Bayern • GEW-Hochschulgruppe Augsburg • Grüne Jugend Bayern • Linksjugend München • Mittelbauinitiative Augsburger Universität (MIAU) • Rote Hilfe München • SDAJ München • SJD-Die Falken, Kreisverband München • ver.di München, FB 5

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

GEW Bayern startet Gespräche mit dem BLLV

Zu einem ersten Gespräch auf Vorstandsebene trafen sich Ende vergangenen Jahres die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes e. V. (BLLV) Simone Fleischmann und der stellvertretende Landesgeschäftsführer Florian Fischer mit dem GEW-Vorsitzenden Anton Salzbrunn in der Villa des Lehrer*innenverbandes an der Münchner Theresienwiese. An dem Gespräch nahm auch Bernhard Baudler teil, der die GEW Bayern im Forum Bildungspolitik vertritt und dort mit Simone Fleischmann im Vorstand dieses Zusammenschlusses von 44 Organisationen ist.

Das Treffen diente dem ersten Kennenlernen der beiden Vorsitzenden. Es sollte aber auch ausgelotet werden, ob angesichts einiger programmatischer Gemeinsamkeiten punktuelle Kooperationen möglich und sinnvoll sind. Mögliche Ansatzpunkte könnten z. B. sein: Kritik am zergliederten bayerischen Schulsystem, verstärkte Anstrengungen zur Umsetzung der Inklusion und für deutlich mehr Lehrer*innenstellen. Einig waren sich beide Organisationen in der deutlichen Ablehnung der ursprünglich beabsichtigten Abschaffung der Schulpflicht für Flüchtlinge in den Lagern Bamberg und Ingolstadt. Themen des Gesprächs waren auch die Digitalisierung von Bildung und der Umgang mit demokratiefeindlichen Parteien und Tendenzen in der Gesellschaft.

Es wurde deutlich, dass sich die Organisationsbereiche von BLLV und GEW zu großen Teilen überschneiden, dass jedoch der BLLV keine Beschäftigten in der Erwachsenenbildung vertritt. Bei der GEW hat die Tarifarbeit einen sehr hohen Stellenwert, der BLLV habe jedoch nach den Worten von Frau Fleischmann sein Verhandlungsmandat dafür »im Wesentlichen« an den Beamtenbund abgegeben. Zu den Themen Tarifarbeit und Beamt*innenbesoldung wurde ein weiteres Treffen vereinbart.

von Bernhard Baudler

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

Wien, Wien, nur Du allein ...

Vom 17.11. bis 20.11.16 hatte der Landesausschuss der Seniorinnen und Senioren zu einer Bildungsfahrt nach Wien eingeladen. 31 GEW-Senior*innen waren der Einladung gefolgt.

Der erste Programmpunkt war ein Gespräch bei der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (GÖD). Reinhart Sellner, Bereichsleiter für gewerkschaftliche Bildungsförderung, stellte das Bildungs- und Ausbildungswesen Österreichs, die aktuellen Probleme und die Positionen der Lehrer*innengewerkschaft in der GÖD dar. Es sind nicht nur unterschiedliche Bildungsstrukturen, sondern auch der Sprachgebrauch ist anders. Beispielsweise sind Beamt*innen Pragmatisierte. Alle Menschen im Ruhestand werden als Pensionist*innen bezeichnet. Kollege Sellner machte keinen Hehl aus seiner Unzufriedenheit mit dem gegliederten Schulsystem Österreichs. Mit seinem sachkundigen Verweis auf Finnland und Südtirol herrschte schnell Übereinstimmung, in welche Richtung sich Schule entwickeln sollte.

Anschließend zeigte uns Reinhart während einer kleinen Führung durch die Innere Stadt Gebäudeensemble von kultureller, politischer und geschichtlicher Bedeutung.

Sehr interessant war die Führung durch die Dauerausstellung »Rotes Wien« im Waschsalon Nr. 2 des Karl-Marx-Hofes, einer kommunalen Wohnanlage aus den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Unter Waschsalon darf man sich nicht eine Ansammlung von Waschmaschinen vorstellen, wo Beziehungen geknüpft werden. Ursprünglich waren hier die Wannenbäder und Duschen beziehungsweise auch das Wasserdepot untergebracht. Die Ausstellung umfasst vier Themenbereiche: Die Geschichte des »Roten Wien« von 1919 bis 1934, kommunaler Wohnbau und Folgeeinrichtungen, Vereine im Umfeld der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Fest- und Feierkultur der Wiener Arbeiterbewegung.

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Rente in Deutschland war das Gespräch beim österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), das von der Kollegin Maria Hajek, die dort für die Pensionist*innen zuständig ist, organisiert wurde, höchst erkenntnisreich. Dinah Djalinous-Glatz, Referatsleiterin für Sozialversicherungspolitik im ÖGB, präsentierte uns das österreichische System der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die Finanzierung erfolgt nach dem Umlageverfahren. Arbeiter*innen, Bauern*Bäuerinnen, Selbstständige, Angestellte und Beamt*innen zahlen in die Pensionsversicherung ein. Die Differenz zwischen den Beiträgen und dem aktuellen Pensionsaufwand wird aus Steuermitteln aufgebracht. Die Rentenregelung für Langzeitversicherte wird als Hacklerregelung bezeichnet. Hackler ist wieder ein schönes österreichisches Wort und bedeutet Arbeiter. Es ist nicht bekannt, dass diese Erwerbstätigenversicherung mit höherer prozentualer Beitragsbeteiligung der Arbeitgeber zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch führte. Obwohl das Pensionsniveau relativ gut ist, werden über die österreichischen Medien Stimmen lauter, die für eine zusätzliche private Altersversorgung werben.

Der Nachmittag führte uns ins Jüdische Museum, ein Museum für jüdische Geschichte, Kultur und Religion in Österreich. Darin befindet sich die permanente Ausstellung »Unsere Stadt! Jüdisches Wien bis heute«. Die Reise beginnt 1945 und führt bis in die Wiener jüdische Gegenwart. Dargestellt wird der schwierige Weg einer total zerstörten jüdischen Gemeinde, die 1938 noch die größte deutschsprachige und die drittgrößte Europas gewesen war, bis zu ihrer heutigen überschaubaren Größe.

Ein Wien-Besuch ohne Heurigen ist schwer vorstellbar. Also haben wir uns das in einem Nussdorfer Lokal auch angetan, obwohl Heuriger und Weihnachtsmarkt nicht unbedingt zusammenpassen.

Nach einer kurzen Einführung durch Edgar Kucharzewski – GEW-Kollege aus Nürnberg – besichtigten wir die Albertina. Dieses Kunstmuseum beherbergt eine der bedeutendsten grafischen Sammlungen der Welt. Darüber hinaus gibt es noch drei weitere (Foto-, Gemälde-, Architektursammlung) sowie historische Prunkräume.

Edgar begleitete uns auch ins Kunsthistorische Museum mit seinen Meisterwerken aus 5.000 Jahren. Er erklärte uns nicht nur die Kunstwerke in seiner einfühlenden Art, sondern gab auch wertvolle Hinweise zum Leben und gesellschaftlichen Umfeld des jeweiligen Künstlers. Wertvoll war zudem sein Rat, nicht zu viele Gemälde an einem Nachmittag zu betrachten.

Vor der Abreise blieb noch Zeit, durch die barocke Schlossanlage Belvedere mit ihren Sammlungen und Wechselausstellungen zu spazieren.

Der Aufenthalt wurde allgemein als sehr angenehm empfunden. Wir haben viele Anregungen mitgenommen, um solch eine Bildungsfahrt nach Wien zu wiederholen.

von Manfred Doetsch

Ehre in den Fängen der Haushaltspolitik

Wenn das Bundesverfassungsgericht schon in der Sache der Professor*innenbesoldung interveniert[1], liegt etwas im Argen mit der Vergütung des deutschen Hochschulpersonals. Was schon das akademische Stammpersonal tangiert, trifft ungleich härter außerplanmäßige Professor*innen und Privatdozent*innen. Deshalb bekundete die GEW Bayern im November in einem Brief Solidarität mit Apl. Prof. Günter Fröhlich. Der Philosoph der Universität Regensburg erhebt eine Popularklage gegen Artikel 27 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. Artikel 30 Abs. 1 Satz 1 Hs 1 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes[2]. Darin werden Privatdozent*innen sowie außerplanmäßige Professor*innen »zur unentgeltlichen Lehrtätigkeit im Umfang von mindestens zwei Lehrveranstaltungsstunden« verpflichtet. Günter Fröhlich sieht darin einen Eingriff in die Handlungsfreiheit und eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes.

1994 lehnte das Bundesverwaltungsgericht eine ähnliche Klage eines Privatdozenten mit der Begründung ab, dass die sogenannte »Titellehre« im Umfang von einer Lehrveranstaltungsstunde pro Woche zumutbar wäre. Mittlerweile haben sich allerdings die Vorzeichen geändert; der Verwaltungsaufwand an den Universitäten ist gewachsen. Stichwort: Bologna-Prozess. Die Freiheit des Curriculums von 2004 ist längst nicht mehr gegeben. Jede Lehrveranstaltung ist mit Vorbereitung, Nachbereitung, Korrektur von Hausarbeiten und nicht zuletzt Bürokratie verbunden. Außerdem spricht das Bayerische Hochschulpersonalgesetz mittlerweile schon von zwei Lehrveranstaltungsstunden.

Weil es aus dem Wissenschaftsrecht bislang nur wenige Urteile gibt, ist Günter Fröhlichs Klage von besonderer Bedeutung. Eine Klärung der Rede von »Ehre« und »Titel« tut not; vor allem da davon ausgegangen werden kann, dass hinter ihnen vor allem haushaltspolitische Motive stehen.

Die Titellehre führt dazu, dass zahlreiche Kolleg*innen wie Günter Fröhlich trotz ausgewiesener wissenschaftlicher Qualifikationen und langjähriger Berufserfahrung in Lehre und Forschung von ihrer Lehrtätigkeit an den Hochschulen nicht leben können und auf einen ihren Qualifikationen meist nicht entsprechenden Zweiterwerb angewiesen sind.

Nach Ansicht der GEW Bayern führt dies zu einer vorsätzlichen Dualisierung des wissenschaftlichen Arbeitsmarktes innerhalb der Hochschulen. Die GEW Bayern sieht die Titellehre als ein Instrument, das von den Hochschulen in quasi-erpresserischer Art und Weise missbraucht wird, um ihrer regulären Lehrverpflichtung nachzukommen. Als solches befördert und zementiert sie entscheidend prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen.

Die GEW Bayern lehnt eine solche Instrumentalisierung der Ehre ab und fordert stattdessen umfassendere (hochschul)politische Reformen (Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, Abschaffung des Kooperationsverbotes u. a. m.), wie sie die GEW zuletzt in der Wittenberger Erklärung formuliert hat. Schlussendlich muss es um die Forderung eines inklusiven Wissenschaftsgesetzes gehen, das alle wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen der Hochschulen und Universitäten umfasst.

von Peter Wegenschimmel
Landesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung

1 BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 14. Februar 2012

2 BayHSchPG vom 23. Mai 2006

Aktivenkonferenz am 13. und 14. Januar in Neumarkt/Oberpfalz

Auch in der bayrischen GEW weiß oft die eine Hand nicht, was die andere tut. Mehrmals hörte ich in Neumarkt sinngemäß: Das gibt es?! Wer macht das? Davon wusste ich gar nichts.

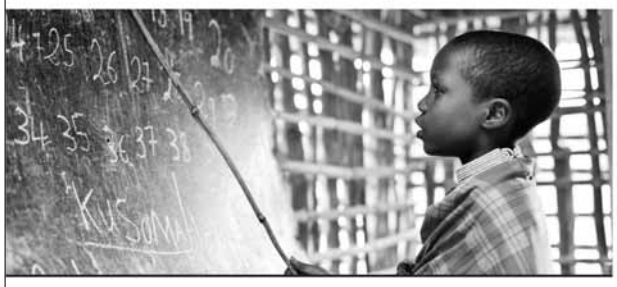
Die diesjährige Aktivenkonferenz beschäftigte sich mit Möglichkeiten, die Entscheidungs- und Meinungsbildungsstrukturen in der GEW Bayern weiterzuentwickeln oder neu zu denken. Die Grundlage war ein Arbeitsauftrag der LVV 2015 an den Landesvorstand. Die daraus entstandene »AG Struktur« hat ganze Arbeit geleistet und wesentlich zu einer interessanten und produktiven Aktivenkonferenz beigetragen. 35 Teilnehmer*innen erarbeiteten Vorschläge, was sich in den Kreisen und Bezirken verändern könnte und wie sich die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen der GEW verbessern ließe. Wie kann man Mitglieder erreichen und aktivieren? Wir tauschten uns darüber aus, womit wir gute Erfahrungen gemacht haben und welche Möglichkeiten der Teilhabe an erfolgreichen Projekten und Ideen wir uns vorstellen könnten. Ein Schwerpunkt war dementsprechend auch die Diskussion um den vermehrten Einsatz digitaler Medien.

Erfreulicherweise war auch die »Junge GEW« vertreten, die ihre derzeitigen Projekte vorstellte. Am Ende wurde eine Liste erstellt, in der aus den vielen Ideen praktikable Arbeitsanweisungen festgehalten wurden. Es gab einige neue Gesichter und große Zufriedenheit mit der Durchführung, der guten Arbeitsatmosphäre und den Ergebnissen.

von Irene Breuninger

Kindern eine Kindheit geben!

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Machen Sie mit. Werden Sie Förderer und Förderin von Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000

www.fair-childhood.eu

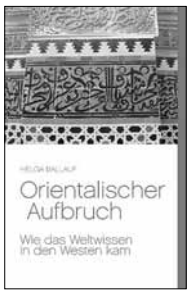
Ich suche genau dich!

- ✓ Wenn du Lust auf Kabarett hast …
- ✓ Wenn du unsere gemeinsamen GEWerkschaftlichen Ziele und Inhalte einmal auf kritische, lustige, satirische und originelle Art weitergeben möchtest …
- ✓ Wenn du die Tradition des Gstanzlsingens beleben möchtest …
- ✓ Wenn du vielleicht auch noch Quetschen spielen kannst ...

dann nimm doch Kontakt zu mir auf.
Ich möchte ein GEW-Kabarett aufbauen, weil ich mir eine selbstbewusste, schlagfertige, verhaltensoriginelle und satirische GEW wünsche.
Für genügend Stoff und politische Fehlleistungen sorgen die Politik, aber auch unsere Arbeitsstätten reichlich. Es kann also losgehen!

Meine Kontaktdaten:
Wolfgang Nördlinger, Beethovenstraße 4, 85057 Ingolstadt
E-Mail: w.noerdlinger@kabelmail.de
Tel.: 0841 14667004 • Fax: 0841 14656021
Handy: 0172 8954187
Wir können uns aber auch auf der Landesvertreter*innenversammlung (LVV) treffen!

Orientalische Perspektiven



Helga Ballauf:
Orientalischer Aufbruch.
Wie das Weltwissen in
den Westen kam.
BoD Books on Demand
2016, bod.de
116 Seiten
7,90 EUR
ISBN 978-3-7412-4932-7
Das Buch ist seit einiger
Zeit auch als E-Book
erhältlich.

In Helga Ballaufs neuem Buch »Orientalischer Aufbruch« geht es um die Frage, »wie das Weltwissen in den Westen kam« (so der Untertitel), oder anders gesagt, was Europa dem sogenannten Morgenland verdankt. Gemeint sind arabische und persische Gelehrte islamischen und auch anderen Glaubens, die wir dem Orient zurechnen und die »grob gerechnet vom 7. bis zum 15. Jahrhundert« wirkten. Die Autorin beschreibt den Raum, in dem morgenländische Wissenschaft und Kultur blühten, als ein Gebiet, »das heute Usbekistan, Afghanistan, Teile Pakistans, den Iran und die arabische Halbinsel umfasst. Und das sich an der nordafrikanischen Küste entlang bis weit in den Westen nach Marokko und auf die Iberische Halbinsel fortsetzt.« Orient und Okzident, so Ballauf, lassen sich also nicht geografisch, sondern als »kulturelle Moden und historische Muster« voneinander trennen.

Ein Streifzug

Wer den geistigen Streifzug durch jene acht Jahrhunderte »arabischer Wissenschaft« mitmacht, bereitet sich ein besonderes Lese- und Bildungserlebnis. In knapper und anschaulicher Sprache gibt die gelernte Journalistin das Panorama einer aufstrebenden Wissenschaftskultur wieder, dem zeitlich im Westen die Epoche des »finsteren« Mittelalters entspricht. Wie heute Englisch weltweit die Sprache der Wissenschaft ist, war es damals das Arabische. Dementsprechend beginnt der Aufstieg des Orients mit der Übersetzung der »alten Griechen« (Platon, Aristoteles, Galen, Ptolemäus ...) ins Arabische. Wen wundert´s, dass die Texte all dieser Gelehrten an die Universitäten von Oxford, Bologna und Paris gelangen. Dem Aristoteles-Kommentator Ibn Rushd (latinisiert »Averroes«) widmet Ballauf neben anderen Gestaltern einen ausführlichen Beitrag. Averroes steht exemplarisch für die arabischen Bewunderer griechischen Geistes, die sich mit großer Sorgfalt und ihrer ganzen Kraft der Übersetzung und Interpretation der antiken Vorlagen hingeben. Dante (1265-1321) vergaß nicht, Averroes zu würdigen, und zwar im vierten Gesang der »Göttlichen Komödie«. Das geschah in Florenz, weitab von Bagdad und Damaskus.

Muslimische »Stars« – auch im Westen

Zu den wissenschaftlich wahrhaft Großen gehört der Arzt und Philosoph Ibn Sina (lat. Avicenna), laut Unesco »Heiler und Humanist«, dessen Lehrbuch »Kanon der Medizin« jahrhundertelang als Standardwerk galt, auch in der christlich-lateinischen Welt. Noah Gordons Film »Der Medicus« bezieht sich auf diesen bedeutenden Mediziner. Außer ihm werden vorgestellt: al-Khwarizmi, Mathematiker; al-Razi, Kinderarzt; al-Biruni, Universalgelehrter; al-Ghazali, Theologe und Philosoph (konservativ und mystisch denkender Muslim, der die rationalistiche Herangehensweise für unvereinbar mit dem Islam hält); al-Idrisi, Kartograf; Ibn Tufail, Arzt und Philosoph; al-Tusi, Astronom; Ibn Khaldun, Sozialwissenschaftler (1322-1406). Er zählt zu den letzten muslimischen Gelehrten, deren Arbeit als Übersetzer und Wissenschaftler im »Haus der Weisheit« 1813 in Bagdad begann. Beendet wurde sie nach der Übernahme Granadas durch die »katholischen Könige«. Zugleich, 1492, fing mit Kolumbus´ Entdeckungsfahrten im Okzident die »Neuzeit« an.

Leser*innenfreundliche Gestaltung

Wer das Buch am Abend zu lesen beginnt, opfert gleichzeitig einen erheblichen Teil seiner Nachtruhe, denn er/sie wird es nur ungern aus der Hand legen. Neben den spannenden Schilderungen der Kontroversen unter den Muslimen erklärt Helga Ballauf in exkursähnlichen Kapiteln immer nahe am Text so ziemlich alles, was man*frau über die Besonderheiten des Orients, seine Sprachen, seine Schreib- und Arbeitsweisen wissen sollte. Ein »ballastfreier« chronologischer Überblick im Anhang erleichterte mir die jeweilige geschichtliche Einordnung einer Person oder eines Ereignisses. Den in Erdkunde nicht so Bewanderten hätte eine kartografische Skizze vielleicht genützt. In »Mehr zum Thema« fand ich von den Links im Netz bis zu Standardwerken über das komplexe und wechselhafte west-östliche Verhältnis zielführende Hinweise. Ein kurzer Text über die Autorin beschließt den »orientalischen Aufbruch« und weist sie als Kennerin aus.

von Hannes Henjes

Ist die abendländische Kultur wirklich christlich geprägt?

Rolf Bergmeier:
Christlich-abendländische
Kultur. Eine Legende.
Alibri Verlag
Aschaffenburg 2016
238 Seiten
18,00 EUR
ISBN 978-3-86569-164-4

Gegenwärtig wird von konservativer Seite angemahnt, dass angesichts der Flüchtlingsströme eine Leitkultur benötigt werde, an der sich die zu uns Geflüchteten zu orientieren hätten. Aber was ist unter einer Leitkultur zu verstehen? Angeblich sind das die Werte des christlichen Abendlandes; Werte, die das Christentum im Laufe von 2.000 Jahren entwickelt habe. Dabei ist es jedoch nicht ganz einfach, diese Werte genauer zu definieren. Verwiesen wird dann auf die ersten Artikel des Grundgesetzes. Aber sind denn Werte wie Schutz der Menschenwürde, Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz oder Glaubens- und Gewissensfreiheit dem christlichen Abendland zu verdanken?

Der an der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität lehrende Historiker Rolf Bergmeier verneint das nachhaltig. Die abendländische Kultur hat seiner Überzeugung nach drei Wurzeln: die griechisch-römische Antike, die muslimisch-arabische Kultur und die Aufklärung. Ausführlich belegt Bergmeier seine Thesen und beschreibt zunächst die von Athen ausgehende »schöpferische

Phantasie«. Hier blühten Mathematik, naturwissenschaftliche und medizinische Forschung, Kunst und Architektur. Hier entstanden durch das Wirken von Philosophen wie Platon und Aristoteles die Idee der Demokratie, die Alphabetschrift, der rationale Dialog, religiöse Toleranz. Vieles davon übernahm das Imperium Romanum, das sich um angemessene Bildung seiner Untertanen bemühte und mit Viadukten, Thermen, Tempeln, Theatern und Bibliotheken eine grandiose Zivilisation schuf.

Mit dem Zerfall des römischen Reichs drohte das antike Erbe verloren zu gehen. Die Erhebung des Christentums unter Kaiser Theodosius zur Staatsreligion bedeutete das Ende religiöser Toleranz. Wer sich der offiziellen Trinitätslehre widersetzte, wurde verfolgt und ausgegrenzt. Philosophie und Wissenschaft galten den Kirchenlehrern als »Irrwahn« und »Windbeutelei«. Aufgabe der Klostermönche war primär die Verbreitung und strenge Einhaltung der christlichen Lehre. Aber die antike Kultur ging nicht verloren. Denn in Bagdad, Damaskus und später im spanischen Andalusien übersetzten islamische Gelehrte wichtige Werke aus dem Griechischen ins Arabische. Mathematik, Astronomie und Medizin blühten auf. Und während unter der Herrschaft der katholischen Kirche, wie Bergmeier es ausdrückt, »kirchenpartikulare Interessen vor Gemeinwohl« standen, Bischöfe sich oft schamlos bereichern konnten und ganze Ländereien besaßen, das gemeine Volk dagegen in Armut versank und ungebildet blieb, entwickelte sich in den arabischen Ländern eine neue Hochkultur mit umwälzenden technischen Erfindungen wie beispielweise in der Bewässerungstechnik mit dem Bau von Zisternen, Windrädern und Kanälen, in der Landwirtschaft durch Züchtung und Anbau neuer Nutz- und Zierpflanzen, in der Fabrikation eleganter glasierter Keramiken und feinster Seidengewebe. Wie groß die Unterschiede zwischen der arabisch-muslimischen Kultur und der christlichen Klosterkultur waren, zeigt Bergmeier exemplarisch an den Lebensverhältnissen im spanischen Andalusien.

Nachdem die Araber*innen die antike Kultur übernommen und weiterentwickelt hatten, begann, wie Bergmeier zeigt, ab dem 12. Jahrhundert ein Transfer griechisch-arabischen Wissens nach Mitteleuropa. Über Florenz und andere italienische Städte breitete sich die Renaissance aus, das Bürgertum erwachte, Universitäten entstanden, Wirtschaft und Handel expandierten. Aber nach wie vor wütete die Inquisition, wurden Frauen als Hexen verbrannt, wurden Religionskriege geführt und hatten Fürstbischöfe das Sagen. Erst mit der Aufklärung, mit den Schriften und Appellen eines Voltaire, Kant, Rousseau, Hume, Newton, Montesquieu, Feuerbach und Nietzsche wurde zum dritten Mal ein Europa geboren, in dem der »feudalistische Dünkel einer kirchlich-weltlichen Elite« überwunden wurde und der Weg für »eine starke und öffentlich sichtbare Alternative zum Weltbild der Kirche«, für freies Denken, für Menschenrechte, für Toleranz und religiöse Vielfalt frei war.

Bergmeiers Gang durch die Geschichte zu den drei Wurzeln der abendländischen Kultur ist durch eine Vielzahl von Dokumenten und Quellen überzeugend belegt, die es den Leser*innen leicht machen, den bisher verkannten arabischen Beitrag zu würdigen und die Verklärung der mittelalterlichen Klosterkultur zu überwinden. Insgesamt ein Opus, das nicht hoch genug einzuschätzen ist.

von Thilo Castner

Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme

Mathias Rohe:
Der Islam in Deutschland.
Eine Bestandsaufnahme.
Verlag C.H. Beck
München 2016
416 Seiten mit 16 Abb.
16,95 EUR
ISBN 978-3-406-69807-1

Es ist wohltuend und notwendig, im postfaktischen Zeitalter der digitalen Schnellst-Meldungen und Netzwerk-Emotionalisierung eine solide analoge Quelle zu finden, die sich nur auf differenzierte Fakten und Analysen stützt. Der Islam wird in der BRD weitgehend wissensfrei, aber emotional aufgeladen diskutiert. Mathias Rohe ist Jurist und Islamwissenschaftler, u. a. Professor für Rechtsvergleichung und Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa. Mit seinem vor wenigen Monaten erschienenen Buch bietet er eine breit angelegte Bestandsaufnahme zu vielen Aspekten des Islam in Deutschland.

Die ersten beiden Abschnitte sind historischer Betrachtung gewidmet. Es geht um geschichtliche Begegnungen Europas mit dem Islam und um die Geschichte der Muslim*innen in Deutschland.

Der dritte Abschnitt bietet Fakten über die Anzahl der in der BRD lebenden Muslim*innen und einen differenzierten Überblick über die Glaubensrichtungen im Islam. Schließlich informiert Rohe über die verschiedenen Formen der Religiosität und religiösen Praxis von Muslim*innen und schließt mit ihrer Migrationsgeschichte.

Teil vier gibt einen geordneten Überblick über die für Nichtmuslim*innen kaum überschaubaren muslimischen Organisationen in der BRD und ihre jeweiligen Hintergründe sowie einen Exkurs zum islamistischen Extremismus.

Den Parolen der angeblichen Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie begegnet Rohe im fünften Teil mit einer sehr informativen und genauen Darstellung des grundsätzlichen Verhältnisses von Staat und Religionen sowie der Reichweite und der Grenzen der Religionsfreiheit. Eine Hilfe, um auch die grundsätzliche Beziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Religion zu verstehen. Danach folgen viele praktische Beispiele zum Thema Recht und Alltag. Es geht um religiöse Infrastruktur (z. B. den Bau von Moscheen) und um Rituale. Der Autor analysiert Bekleidungsvorschriften ebenso wie z. B. die Beziehung von Islam und Schule, Bereiche der islamischen Seelsorge, Sozialrecht usw. Und er befasst sich mit der Anwendung islamischer Rechtsnormen. Im sechsten und letzten Teil liegt der Fokus auf den wesentlichen Perspektiven des Zusammenlebens. Rohe verdeutlicht muslimische Alltagskultur und geht u. a. jenseits von Emotionalität auf die Geschlechterrollen und Geschlechterbilder ein.

Mit dem Buch wird endlich einmal die Reduzierung muslimischen Lebens auf reine »Religion« aufgehoben und gezeigt, inwiefern viele Aspekte zu Unrecht mit dem Islam und Koran verbunden werden. Es deckt auf, dass ihr Ursprung in Wahrheit über die Grenzen verschiedener Religionen hinweg in den sozialen Gesellschaftsstrukturen liegt. Eng verbunden ist Rohe auch mit den Themen islamische Bildung, interreligiöser Dialog und Aufbau islambezogener Wissenschaften – Aspekte, die für eine gemeinsame Zukunft wichtig sind.

Da Rohe Jurist ist, geht er von offiziellen Regelungen und Grundlagen aus, sowohl was den Islam als Religion als auch die muslimischen (Rechts-)Regelungen und die demokratische Verfassung usw. angeht. Deshalb mag es oberflächlich so erscheinen, als ginge er an bestimmten Alltagsereignissen, -empfindungen usw. vorbei. Genau das ist aber sehr wohltuend, weil er damit seine Leser*innen aus den alltäglichen Gefühlswirrungen und -schwankungen zurückholen kann. Ein notwendiger Prozess, da eine friedvolle gemeinsame Zukunft nur möglich sein wird, wenn sich Muslim*innen und Nichtmuslim*innen auf ihre faktischen Grundlagen zurückbesinnen. Nur dann können wir alle mehr die möglichen Gemeinsamkeiten als das augenblicklich gefühlte Trennende in den Fokus nehmen.

von Fritz Köbler

Stadt Nürnberg
Eine Arbeitgeberin
Viele Möglichkeiten

NÜRNBERG

Die Stadt Nürnberg, als zweitgrößter kommunaler Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen, sucht für das Schuljahr 2017/2018 für den Einsatz an beruflichen Schulen:

Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen der Fachrichtungen

Bautechnik,
Elektro- und Informationstechnik,
Metalltechnik,
Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften,
Gesundheits- und Pflegewissenschaften,
Sozialpädagogik,
Wirtschaftspädagogik.

Ihre Aufgaben
Gesucht werden engagierte Lehrkräfte mit hoher Fach- und Sozialkompetenz für den Einsatz an beruflichen Schulen (inklusive Fach- und Berufsoberschule), die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgehen und team- und handlungsorientiert unterrichten, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördern und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

Ihr Profil
Es können nur Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden, welche die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in einer der oben genannten Fachrichtungen erfolgreich abgelegt haben.

Ihre Bewerbung
Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an die Stadt Nürnberg, Personalamt, z. H. Frau Leonhardt (kaufmännische Schulen) bzw. Frau Hegemann (gewerbliche Schulen), Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg. Telefonisch erreichen Sie uns unter 09 11 / 2 31 - 29 81 bzw. - 23 46. Bitte bewerben Sie sich baldmöglichst, da die Auswahlverfahren zeitnah beginnen werden. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann.
Die Informationen im Stellenmarkt unter karriere.nuernberg.de sind Bestandteil dieser Stellenausschreibung.

Chancengleichheit ist die Grundlage unserer Personalarbeit

karriere.nuernberg.de

Stadt Augsburg

Lehrkräfte (m/w)

Zum Schuljahr 2017/2018 stellen wir Lehrkräfte für unsere städtischen Schulen ein.

Es werden verschiedene Fachrichtungen und Fächerverbindungen für mehrere Schularten benötigt.

Details im Internet: **www.augsburg.de/stellenanzeigen**

Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern, Körperschaft des öffentlichen Rechts,

ב"ה

sucht zum Schuljahr 2017/2018

qualifizierte/n Grundschullehrer/in

für die konfessionelle Sinai-Ganztages-Grundschule
am St.-Jakobs-Platz 18 in 80331 München

Ihr Profil setzt mindestens das 1. Staatsexamen für die Grundschule voraus, das 2. Staatsexamen ist wünschenswert. Sie haben Interesse an der Entwicklung und Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte und sind bereit, sich fachlich und methodisch-didaktisch weiterzubilden. Freude an der Arbeit mit Kindern, Respekt und Verständnis für die jüdische Religion und Tradition werden vorausgesetzt. Gute Allgemeinbildung sowie Sensibilität im Umgang mit Kindern, Eltern und Mitgliedern der Gemeinde werden erwartet.

Wir bieten Ihnen einen attraktiven Arbeitsplatz im Herzen von München an einer Schule mit kleinen Klassen und moderner Ausstattung. Die Vergütung lehnt sich an die Vorgaben staatlicher Schulen an.

Fachkraft für Sprachförderung in Teilzeit

Zur sprachlichen Förderung unser Kindergartenkinder suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Sprachförderkraft in Teilzeit (20 Stunden). Sie arbeiten in unserem Team mit und entwickeln mit uns ein modernes Konzept zur Sprachförderung. Die Stelle ist befristet.

Sollten Sie Interesse an einer vielseitigen, interessanten Tätigkeit in einem erfahrenen und freundlichen Team haben, senden Sie bitte Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen mit Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins, gerne per E-Mail, an:

Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern
K. d. ö. R.
Geschäftsleitung
St.-Jakobs-Platz 18 • 80331 München
Tel.: 089 202400 125, Fax: 089 202400 102
E-Mail: verwaltung@ikg-m.de

Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen!

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im März 2017 erhält den LesePeter

Dan Kainen und Carol Kaufmann: Polar

Fischer Sauerländer Verlag • Frankfurt 2016
21 S. • 24,99 EUR • ab 4 Jahren • ISBN 978-3-7373-5433-2

»Polar« ist ein atemberaubendes Buch mit bewegten Bildern in einer neuen Technik, die sich Photicular-Effekt nennt. Dazu gibt es jede Menge Sachinformationen über die beiden Pole und die dort lebenden Tiere.

Interessante GEW-Veranstaltungen ab März 2017

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

17.-18.3.2017	**Konflikte klären – (k)ein Kinderspiel?!**[1] Referentin: Sabine Hassan, GEW Bayern, Ethnologin, Museumspädagogin, Mediatorin. Das Seminar ist bereits ausgebucht.	Zwei-Tages-Seminar	**Bad Endorf** Hotel Seeblick Pelham Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
20.3.2017	**Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht**. Jour Fixe der GEW-Senior*innen der GEW München und Umgebung. Anmeldung nicht erforderlich.	Referat und Diskussion	**München** DGB-Haus, Raum T.0.03 17.00 Uhr
24.3.2017	**Stopp – es reicht! Aktive Grenzsetzung im Berufsalltag für Frauen.**[1, 2] Referentin: Judith Barnickel, Lehrerin, Trainerin für Gewaltprävention. Das Seminar ist bereits ausgebucht.	Tagesseminar	**Nürnberg** Caritas-Pirckheimer-Haus 10.00 - 16.00 Uhr
24.-25.3.2017	**Die neue Rechte in Europa. Extrem rechte Ideologie in neuem Gewand.**[1] Mit Dr. Heidemarie Dießner und Dr. Werner Dießner, Institut für SozialManagement Markkleeberg. Das Seminar ist bereits ausgebucht.	Zwei-Tages-Seminar	**Marktbreit** AWO-Akademie Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
7.4.2017	**Präsentationen mit Animation und Musik erstellen.**[1, 2] Mit Manfred Doetsch, GEW Bayern. TN-Beitrag: 10 EUR für GEW-Mitglieder, Nichtmitglieder zahlen 20 EUR. Anmeldeschluss: 14.3.2017	PC-Kurs	**München** BSZ Deroystraße 13.00 - 17.00 Uhr
24.4.2017	**Die KZ-Gedenkstätte Mühldorfer Hart/Mettenheim.** Jour Fixe der GEW-Senior*innen der GEW München und Umgebung. Anmeldung erforderlich bei Elisabeth Reiter: e.reiter@link-m.de	Tagesexkursion	**München** Treffpunkt wird bei Anmeldung genannt
28.-29.4.2017	**Geschichte der GEW Bayern.**[1, 2] Referenten: Schorsch Wiesmaier und Wolfram Bundesmann. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder frei. Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen.	Zwei-Tages-Seminar	**Markt Indersdorf** Akademie Schönbrunn Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
12.-13.5.2017	**Mediation bei Konflikten am Arbeitsplatz 1.**[1, 2] Konstruktiver und kreativer Umgang mit Konflikten. Referent: Andreas Wagner, Mediator und systemischer Coach. Kein TN-Beitrag für GEW-Mitglieder. Anmeldeschluss: 9.3.2017	Zwei-Tages-Seminar	**Bad Endorf** Hotel Seeblick Pelham Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
19.-20.5.2017	**Integration als Veränderung des Eigenen und des Fremden.**[1, 2] Referenten: Dr. Werner Dießner und Dr. Heidemarie Dießner. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder frei. Anmeldeschluss: 17.3.2017	Zwei-Tages-Seminar	**Marktbreit** AWO-Akademie Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
23.-24.6.2017	**50 plus – schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?**[1, 2] Referentinnen: Barbara Haas und Maria Koppold. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder frei. Anmeldeschluss: 21.4.2017	Zwei-Tages-Seminar	**Bad Endorf** Hotel Seeblick Pelham Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr

1 Anmeldung nötig, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, susanne.glas@gew-bayern.de, Tel.: 089 54408116, Fax: 089 5389487
2 Teilnahmegebühr

Einladung zur nächsten GEW-Film-Preview in München

Sonntag, 26. März 2017

Kino: City, Sonnenstraße 12, München • Beginn: 11.00 Uhr • Es gibt 100 Plätze.

BERLIN REBEL HIGH SCHOOL – NUR DAS ZIEL IST IM WEG

Kluge und ebenso berührende wie unterhaltsame Dokumentation über eine erfolgreiche alternative Schulform.

Alex war mit Anfang 20 schon an über zehn Schulen. Nirgends hat er es lange ausgehalten, mit Disziplinzwang und der Konkurrenz unter den Schüler*innen kam er nicht klar. So ging es auch Lena, die sich in der Schule nie frei fühlte und stets gegen die Regeln des Landlebens aufbegehrte. Und für Hanil aus Aachen war Schule eine lästige und völlig sinnfreie Pflichtveranstaltung. Doch sie alle wollten stattdessen nicht nur einfach nichts machen, sondern eine Zukunft für sich reklamieren, die Spaß und Sinn macht. Sie alle sind Teil einer Klasse der Schule für Erwachsenenbildung (SFE) in Berlin. Seit 1973 besteht die SFE als basisdemokratisches Projekt: kein Direktor, keine Noten. Bezahlt werden die Lehrkräfte von den Schüler*innen, die gemeinsam über alle organisatorischen Fragen abstimmen. Damit ist die SFE extrem erfolgreich und schaffte es bis ganz nach oben in den Schulwettbewerben. Der Filmemacher Alexander Kleider hat einen wilden Haufen von Berliner Underdogs begleitet auf ihrem Weg zum Abitur und auch die Lehrer*innen portraitiert, denen nicht nur an der Lehre, sondern an der Neugier der Schüler*innen viel gelegen ist. BERLIN REBEL HIGH SCHOOL erzählt mit viel Witz und Energie von einer radikal anderen Idee von Schule, die Freiheit und Gemeinschaftlichkeit zusammenbringt. Was oft als Leistungsdruck verdammt wird, definieren die Schüler*innen kurzerhand um. Sie sind unbelehrbar und dabei extrem neugierig, sie sind eigen- und doch auch lernwillig. BERLIN REBEL HIGH SCHOOL zeigt mit viel Begeisterung, Sensibilität und Kraft, wie viel gemeinsame Zukunft in dieser Kombination stecken kann.
Gewinner des Publikumspreises beim Austin Film Festival 2016.

Vorstellungen für Schulklassen und Studierendengruppen sind ab Kinostart möglich. Begleitmaterial wird kostenlos vom Filmverleiher auf der Filmwebseite sowie auf unsere GEW-Homepage zur Verfügung gestellt. Altersklassen: Sek II, höhere Klassen Sek I, Berufs- und Fachschüler*innen, Studierende. Die Dokumentation eignet sich u. a. für die Fächer Gesellschaftswissenschaft, Sozialkunde, Ethik, Philosophie, Erziehungswissenschaft, Pädagogik, Deutsch, Geschichte sowie für fächerübergreifende Projekte, Schulprojekte und AGs.

BERLIN REBEL HIGH SCHOOL wurde von der Film- und Medienbewertungsstelle FBW mit dem Prädikat »besonders wertvoll« ausgezeichnet.
Kinostart: 11. Mai 2017 • Filmverleih: Neue Visionen • FB-Seite: facebook.com/berlinrebelhighschool/?ref=page_internal
Prädikat: fbw-filmbewertung.com/film/berlin_rebel_high_school

Weitere Infos zum Film und ggf. zusätzliches Material sowie Informationen zu den Anmeldemodalitäten gibt es auf: gew-bayern.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im März Geburtstag feiern, ganz besonders

Anna Kühlmuß, Bad Grönenbach, zum **90.**

Hans Stroh, München, zum **88.**

Elisabeth Mower, Stadtbergen, und
Rudolf Glass, München, zum **85.**

Karl-Heinz Bachmann, Seehausen, und
Hans Harress, Coburg, zum **81.**

Gisela Hubenzehnder, Hersbruck, zum **80.**

Christa Nebmaier, Kleinostheim, zum **79.**

Harald Wolff, München, und
Ernst Zech, Garching, zum **78.**

Heiner Holl, Nördlingen, zum **77.**

Kirsten Habicht, Vaterstetten, und
Detlef Haertel, München, zum **76.**

Herta Dobrick, Wolfratshausen,
Erika Harazim, Neubiberg,
Renita Liedl-Praetorius, München,
Gudrun Meszaros, München,
Hiltraut Wurm, Grafrath,
Rainer Brigzinsky, München,
Gerhard Heydrich, Fürth, und
Prof. Dr. Klaus Rith, Nürnberg, zum **75.**

Elfi Padovan, München,
Manfred Geißler, Nürnberg,
Dieter Mächtle, München,
Jürgen Schobert, Buckenhof, und
Peter Stichaner, Rosenheim, zum **74.**

Margot Becker, Soest,
Vera Fluck, Lautertal,
Helga Kanold, München,
Ulrike König, Germering,
Kristine Popp, Nürnberg,
Helga Barbara Ruf, München,
Robert Morgenstern, Nürnberg, und
Rolf Willacker, Feuchtwangen, zum **73.**

Liz Hieber, München,
Dr. Ursula Kneer, Augsburg,
Ulrike Tiefel, Nürnberg,
Dr. Hannsjörg Bergmann, Weiden,
Dr. Helmut Fehr, Bubenreuth,
Hermann Lammers, Reichertsheim, und
Konrad Merk, Altenstadt, zum **72.**

Marianne Huber, München,
Marie-Luise Jelden-Hägel, Nürnberg,
Eva Nies, München,
Lothar Höh, Augsburg,
Gerhard Neidiger, Nürnberg,
Guido Scharrer, Straubing, und
Dr. Helmut Selinger, München, zum **71.**

Ingrid Grüner, Erding,
Helgrit Hattwig, Karlsfeld,
Hildegard Hofmann, Nürnberg,
Elisabeth Merz, Ingolstadt,
Eva-Maria Mock, Dorfen,
Martha Stumbaum, Herrsching,
Marianne Wildmann, Vachendorf,
Rupert Appeltshauser, Coburg,
Walter Barthel, Nürnberg,
Dr. Roland Bätz, Bamberg,
Paul Bichler, München,
Waldemar Deischl, München,
Wolfgang Friedl, Regensburg,
Lothar Huller, Homburg/Main,
Dr. Richard Mährlein, Puschendorf,
Werner Müller, Coburg,
Martin Pschorr, Moosburg,
Klaus Rehmet, Landshut, und
Prof. Dr. Bernd Schorb, München, zum **70.**

sowie zum **65.**

Angelika Aigner, München,
Petra Bienert, Neukirchen,
Barbara Braun, Schweinfurt,
Adelheid Egdmann, Nürnberg,
Rosalie Grund, München,
Hannelore Güntner, München,
Ingrid Hein-Schuster, Freising,
Marlene Kolbeck, Kumhausen,
Edeltraud Prokop, München,
Gisela Rosentritt-Brunn, Augsburg,
Karin Schmidt, Nördlingen,
Elisabeth Sperber, Henfenfeld,
Slavica Sveric, München,
Ingeborg Uhde, München,
Margarete Wagner, Lauf,
Doris Waibel, Eckental,
Günther Amann, Hirschau,
Josef Bodensteiner, Oberviechtach,
Jürgen Endres, Heilsbronn,
Herbert Haas, Nürnberg,
Karl Hoffmann, Laufen,
Roland Jochen Hörl, München,
Dr. Walter Klein, München,
Herbert Liebchen, Aschaffenburg,
Ekkehard Lindauer, Gunzenhausen,
Hans Müller, Baldham,
Heinz Schwaiger, Lohr,
Josef Straub, Hof, und
Wolfgang Wittich, Regensburg.

Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im März gilt unser Dank ganz besonders

Roswitha Friedrich, Rodach, für **55 Jahre** Mitgliedschaft

Rainer Beer, Ebersberg, für **52 Jahre** Mitgliedschaft

Gudrun Schmidt, München, **für 51 Jahre** Mitgliedschaft

Dietmar Gschrey, Zorneding, **für 50 Jahre** Mitgliedschaft

für **40 Jahre** Mitgliedschaft

Marlene Kolbeck, Kumhausen,
Dr. Claudia Lanig-Heese, Würzburg,
Heike Martin-Mikler, Nürnberg,
Melitta Rheude-Indinger, München,
Cornelia Spilling, München,
Mechthild Struve, Neuhaus,
Sabine Wagener-Schwarz, München,
Theresia Werther, Pfaffenhofen,
Karl Heinz Grossmann, Würzburg,
Egon Heller, Bad Neustadt,
Wolfgang Huber, Pocking,
Klaus Schilling, Ampfing,
Georg Schlenk, Bamberg,
Stephan Stadlbauer, Fürth,
Wolfgang Stenger, München,
Bernhard Vonbrunn, München,
Norbert Weigler, München, und
Dieter Winkelmann-Heyl, Vilsbiburg,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Renate Bernhard, Aschaffenburg,
Gabriele Merkert, München,
Irene Reil, Neusäß,
Silvia Schmitt, Immenstadt,
Barbara Schweble-Schubert, München,
Gertrud Weidinger, Eichenau,
Bruno Beyerlein, Erlangen,
Michael Friedrich, Nürnberg,
Reinhold Gütling, Höchberg,
Martin Heberlein, Würzburg,
Haydar Isik, Maisach,
Paul Kleiser, München,
Herbert Sambale, Murnau,
Gotthold Streitberger, Lappersdorf,
Konrad Weidinger, Kempten, und
Klaus Wolf, Wörth

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea Weniger • GEW Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München • ☎0 89/54 40 81-0 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Altötting Mühldorf Treffen nach Vereinbarung. Termine auf Anfrage
Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com
oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen,
Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142

Aschaffenburg/Miltenberg Termine und Themen der Treffen siehe
Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Christiane Hirsch-Holzheimer, ☎ 06024 7723

Augsburg Termine und Informationen auf www.gew-augsburg.de
Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 09773 8286

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 08171 965605

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken. de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 0951 67888

Bayreuth am 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag (alternierend) im Monat
19.30 Uhr Stammtisch mit Vorstands-Treff, Gaststätte Lochner, Badstraße, Bt
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 09201 590, Roland Dörfler, ☎ 0921 92655

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr,
Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,
Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Paul Horn, ☎ 0812 /91180, paulhorn@web.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00 -18.00 Uhr,
Arbeitslosenberatung: jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat,
18.00 – 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: ☎ 09131 8119451, info@gew-erlangen. de,
www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432

Freising Termine auf Anfrage
Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2 90762 Fürth
am Dienstag von 14.15 Uhr bis 16.15 Uhr

Hof-Wunsiedel Treffen jeden zweiten Donnerstag im Monat,
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karl-Heinz Edelmann, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag
im Monat ab 17.30 Uhr im Café Maximilians, Schäffbräustr. 23, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 0179 2921459

Kempten/Oberallgäu Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: michabaumueller@web.de

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: David Glaeser, glaeser.david@t-online.de

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 08331 6400009, gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, andreas.hofmann@gew-bayern.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 19.00 – 21.00 Uhr
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael.Hemberger, hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität
und GEW-Studierende**
Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 089 4483916 und Franz Stapfner, ☎ 089 5805329

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe jeden dritten Montag im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Elisabeth Reiter, e.reiter@link-m.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

München/Ingolstadt AK »Friedliche Schule & Hochschule«
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung,
19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 09185 1091

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 0911 7360310

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 09128 729051

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Aphrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos,
Bruderwöhrdstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien
von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 5/II
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

AK Gewerkschaften Uni Regensburg
Kontakt: jan.bundesmann@gmx.de,
facebook.com/akgewerkschaftenregensburg

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Mittwoch im Monat,
19.00 Uhr, im »Z – linkes Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim
Kontakt: ☎ 01523 4722681

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten
Termine auf Anfrage: rduetsch@t-online.de
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 0961 23488

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen Termine auf Anfrage
Kontakt: Giulia Reich, ☎ 08861 241062, gewgiuliareich@online.de

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, www.gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, Termine auf Anfrage,
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, gewwue@aol.com